

# **b** unabhängige **auernstimme**

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern



## **EU-Agrarreform: Vielfalt in die Fruchtfolge!**

Foto: Mülhausen/Landpixel

### **EU-Agrarreform**

Die Aussichten für eine bäuerliche Agrarreform sind gut, trotzdem gilt es aufzupassen, dass die positiven Ansätze nicht wieder rausfliegen. Eine Übersicht über den Stand der Politik, Leguminosen und Rio+20 sowie ein Interview auf den **Seiten 2, 11-14.**

### **Gentechnik**

Und es geht doch! Gentechnik-frei füttern und Gentechnik-frei essen sind zwei Seiten einer Medaille, der gerne „Unmachbarkeit“ bescheinigt wird. Dazu eine absurde Debatte um Verantwortung der Kirche, Welthunger und Gentechnik auf den **Seiten 6, 16 und 17.**

### **Bodenpolitik**

Landgrabbing, die Invasion außerlandwirtschaftlicher Investoren – „nur“ Themen des Südens? Eine internationale Bodenkonferenz und eine brandenburgische Enquetekommission zeigen noch andere Dimensionen des Themas auf den **Seiten 3 und 4.**

## Die Seite 3

Druck auf Bauernland ..... 3

## Agrarpolitik

Geschichtsstunde für eine bäuerliche Zukunft ..... 4

Offener Gentechnik-Hunger ..... 6

## Tierhaltung

Resistente Keime aus Tierhaltung ..... 5

Gülle – Überschüsse wegtransportieren ..... 18

## Milch

Rohstoff Milch ist umkämpft ..... 7

## Bewegung

Mit dem Rad nach Brüssel ..... 8

Die junge Abl tagt in Roßtal ..... 20

## Markt

Mal wieder frisch verliebt ..... 10

## Schwerpunkt

Rio+20 hält nicht, was versprochen wurde ..... 11

GAP-Reform im EU-Parlament angekommen ..... 12

Herausforderung Fruchtfolge ..... 12

„Der Abl-Ansatz zur Reform hat Bestand“ ..... 13

Leguminosen – die Lobby bläst zum Generalangriff ..... 14

## Nachbau

Ablasshandel in der Illegalität ..... 15

## Gentechnik

Gentechnikfreie Fütterung – und es geht doch! ..... 16

Für gentechnikfreies Essen ..... 17

## Weitere Themen

Zu Besuch bei Martin Müller und Valentin Endraß, Seite 9;  
Landleben, Seite 19; Lesen, Seite 21; Anzeigen, Veranstaltungen,  
Kontakte, Seite 22-23

## Inhaltsverzeichnis

Nach 2013 dürfe die Förderung der Landwirtschaft nicht geringer ausfallen als bisher, dafür zu kämpfen versprechen reihenweise die CDU-Politiker in den Diskussionen zur GAP-Reform. Das ist mehr als scheinheilig, setzt sich doch gleichzeitig unsere schwarze Bundesregierung in Brüssel für massive Kürzungen des EU-Budgets ein. Doch erst wenn der mehrjährige Finanzrahmen von 2014 bis 2020 insgesamt steht, wird sich zeigen, was im Agrarbereich verteilt werden kann. Gepokert wird aber nicht nur über die Höhe des EU-Haushalts, sondern, nicht weniger wichtig, über die Kriterien künftiger Förderungen und somit auch über die weitere Entwicklung der europäischen Landwirtschaft. Die Gesellschaft sagt, was sie will: weg von zunehmender Agrar-Industrialisierung, hin zu mehr Klimaschutz, Ökologisierung und sozialer Gerechtigkeit. EU-Agrarkommissar Dacian Cioloș hat im Legislativvorschlag die wesentlichen Instrumente aufgenommen: das „Greening“ für mehr Ökologisierung der Landwirtschaft, die soziale Anbindung der Direktzahlungen durch „Staffelung“ und „Kappung“, Regelungen für „Kleinlandwirte“ und „aktive Landwirte“. Die Ausgestaltung wird dem Reformbedarf noch nicht wirklich gerecht, jedoch sind die notwendigen Grundlagen angelegt. Jetzt, beim Ringen in Parlament und Ministerrat um die Details, werden mal wieder die Interessen der Beteiligten deutlich. Die Agrarlobby, der Bauernverband, die Nutznießer des jetzigen Systems und allen voran Frau Aigner stem-



## Kommentar

## Agrarreform: Prioritäten richtig setzen!

men sich vehement gegen eine Umverteilung und eine andere Prioritätensetzung in der Agrarpolitik. Aber, der Ministerrat entscheidet nicht mehr allein! Im Entwurf von Capoulos Santos, Berichterstatter des europäischen Parlaments, sind unter anderem Greening sowie Staffelung und Kappung der Direktzahlungen aufgenommen und die

Türe zur Anbindung der Gelder an Ar-

beitskräfte bleibt offen. Diese Türe gilt es nun offenzuhalten! Es gilt, die angelegten guten Ansätze weiter zu entwickeln und mit Leben zu füllen. Und aufzupassen, dass die Interessensvertretung der Agrarindustrie sie nicht, wie schon so oft, weglobbyiert. Deshalb ist es wichtig, die gesellschaftliche Stimmung und die Menschen für unsere Anliegen im Boot zu halten – eingestiegen sind sie längst!

Und trotzdem ersetzt eine bessere, gerechtere Geldverteilung keine vernünftige Marktpolitik. Nicht nur, weil unsere Agrarpolitik internationale Auswirkungen hat und wir die Verantwortung dafür tragen. Auch, weil stabile Agrarmärkte und faire Marktregeln unerlässlich für eine zukunftsfähige Landwirtschaft sind. Jedoch bleibt die Kommission weiterhin bei ihrer Weltmarktstrategie. Eine Marktanpassung an den europäischen Bedarf ist nicht vorgesehen und trotz Machtgefälle zwischen den Beteiligten will sie die Verantwortung an die Marktakteure abgeben.

Bei der Möglichkeit, sich in Erzeugerzusammenschlüsse und Branchenvereinigungen zu bündeln, was Bäuerinnen und Bauern zwar stärkt, bleibt sie in wichtigen Teilen hinter dem deutschen Marktstrukturgesetz zurück. Hier soll nun Abhilfe geschaffen werden. Das Bundeslandwirtschaftsministerium hat einen Vorschlag zur Angleichung an europäische Vorgaben erarbeitet. In diesem angedachten „Agrarorganisationsgesetz“ ist vom Ausschluss einer Doppelmitgliedschaft in einem Produktbereich und einer grundsätzlichen Andienungspflicht die Rede. Genossenschaftsmitglieder wären so außen vor – bei Milch ca. 70 Prozent der Betriebe. Und gerade jetzt, wo in Süddeutschland Milch Board und Bayern MEG zusammenarbeiten und im Norden sich ein ähnlicher Zusammenschluss auf bäuerlicher Ebene formiert, soll diese Entwicklung von einer Gesetzesänderung durchkreuzt werden. Bäuerlichen Interessen entspricht dies jedenfalls nicht! Die politisch Verantwortlichen sollten einmal mehr auf das hören, was die Bauern und Bäuerinnen zu sagen haben, und danach handeln.

Maria Heubuch,

Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

### Impressum **b** unabhängige bauernstimme

**Anschrift:** Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm  
**Herausgeber:** Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft –  
Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/905 31 71,  
Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de;  
Internet: www.abl-ev.de;

**Redaktion:** Marcus Nürnberger: 02381-492220  
Claudia Schievelbein: 02381-492289  
Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper,  
Fax: 023 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;  
**Verlag/** ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung:  
**Aboverwaltung:** Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21,  
E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.  
bauernstimme.de; Bankverbindung:  
KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

**Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel,**  
Tel.: 02381/492288; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de

**Erscheinungsweise:** monatlich (11 x jährlich)

**Abonnementpreis:** 39,60 € jährlich, verbilligt auf Antrag 28,40 € jährlich  
**Druck:** lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632;  
Postvertriebsstück 1 K 12858E

# Druck auf Bauernland

Deutsche Politik heizt Landraub an. Internationale Leitlinien beschlossen

Eine Gemeinde in Gran Chaco, Nordargentinien, trägt den Namen Ballivián. Dort leben 3.000 Wichí-Indianer. Das hat bereits ewig Tradition. Sie ernähren sich von den Früchten, Samen und Wurzeln der Wälder, sammeln Honig, jagen und fischen. Auf kleinen Feldern kultivieren sie Mais und andere Feldfrüchte. So war es jedenfalls früher üblich. Irgendwann fräste sich die Nationalstraße Vierunddreißig durchs Land. Rechts und links von dieser Megastraße breitete sich eine stetig wachsende Intensivlandwirtschaft wie ein Teppich einfach über die Wälder und Flächen der indigenen Völker aus. Sie verlieren den Grund und Boden, den sie seit jeher bewirtschaftet haben, und damit ihre Nahrungsgrundlage und kulturelle Identität. Deshalb leben auch die Wichí-Indianer der Gemeinde Ballivián heute in großer finanzieller und sozialer Armut.

## Landgrabbing in Entwicklungsländern

Dieses Fallbeispiel ermittelte die argentinische Organisation ACOCIANA im vergangenen Jahr im Auftrag von „Brot für die Welt“. In der Studie „Landraub im Gran Chaco“ wird darauf hingewiesen, dass in jüngster Zeit der Landraub in Lateinamerika eine dramatische Zuspitzung erlebt. Ein wesentlicher Treiber sind die steigenden Exporte von Sojaschrot, wovon Argentinien weltweit am meisten ausführt. Knapp die Hälfte vom Schrot wird in die EU verkauft und landet hier fast vollständig in den Futtertrögen. Das sind bekannte Folgen der exportorientierten Ausrichtung der Agrarpolitik, die Deutschland in der EU-Politik massiv vorantreibt. Und die Mehrproduktion landwirtschaftlicher Exportgüter ist mit den europäischen Ressourcen nicht zu leisten, weshalb zunehmend Rohstoffe wie Sojaschrot importiert werden müssen.

In der Studie mit dem übersetzten Titel „Transnationale Landkäufe in der Landwirtschaft im Globalen Süden“ vom April dieses Jahres untersucht ein internationales Netzwerk, darunter die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), transnationale Landkäufe weltweit. Demnach haben internationale Investoren allein in den letzten zehn Jahren, zumindest veröffentlicht, rund 83 Mio. Hektar Agrarfläche gekauft, davon allein 56,2 Mio. ha in Afrika. Das entspricht 4,8 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Fläche Afrikas. Mit 17,7 Mio. Hektar ist Asien und mit 7 Mio. Lateinamerika betroffen. Der Rest dieser Art von Landkäufen fand in Osteuropa statt. Rund 45 Prozent dieser Landkäufe beziehen sich auf Ländereien, die in kleineren Strukturen bewirtschaftet wurden, weshalb, so die

Studie, eine intensive Konkurrenz für die lokale Bevölkerung wahrscheinlich sei.

## Probleme auch in Deutschland

Irgendwo in Norddeutschland: Eine Bäuerin, die nicht erkannt werden möchte, schaut aus ihrem Küchenfenster auf eine Weide, die sie pachten wollte. Dieses Stück Land hätte wunderbar in den Ablauf ihres Milchviehbetriebes gepasst, erzählt sie am Telefon. Aber der Verpächter, ein Nachbar, der jüngst seinen Betrieb aufgegeben hat, verpachtete seine rund 80 Hektar Land komplett an Betreiber einer 2,2 Megawatt-Biogasanlage. Und er wollte es nicht in kleineren Einheiten rausgeben. Rund 1.000 Euro soll der Pachtpreis hoch sein, erzählt man sich im Dorf. Das hätte die Bäuerin sogar bezahlt, aber eben nur für einen Teil der Fläche. Sie sagt: „Mehr hätten wir uns nicht leisten können zum jetzigen Zeitpunkt.“

„Der Run auf Land ist hier sehr groß“, sagt Johanna Böse-Hartje, Milchbäuerin vor den Toren von Bremen und im AbL-Bundesvorstand. Sie berichtet von einem Nachbarbetrieb, der nicht aufhört, immer neue Schläge Land zu kaufen, aber mit Geld, das er nicht in der Landwirtschaft erwirtschaftet. „Das ist eine ganz bedrohliche Situation“, so Böse-Hartje, „dass wir von mehreren Seiten eingekesselt werden und nicht die Gewinne erwirtschaften, um mithalten zu können.“ Sie hat von Pachtpreisen um die 1.200 Euro den Hektar gehört. Vor noch gar nicht vielen Jahren war es in der Gegend üblich, Grünland für etwa 160 Euro pro Hektar und Ackerland für 280 Euro zu pachten, mit Abweichungen nach oben und unten.

## Gesetze steuern noch wenig gegen

In dem Gutachten „Landwirtschaftlicher Bodenmarkt, Perspektiven und Grenzen der Weiterentwicklung des bodenpolitischen Ordnungsrahmens beim Grundstücksverkehrsgesetz“ des Bundesverbandes der gemeinnützigen Landgesellschaften (BLG) ist u.a. von „explodierenden Pachtpreisen“ die Rede. In diesem Zusammenhang monieren die Gutachter beispielsweise, dass etwa nur ein Bruchteil der Landpachtverträge angezeigt werden, obwohl das nach dem Landpachtverkehrsgesetz gemacht werden müsste. Die Gutachter stellen fest, dass „Nichtanzeige nicht sanktioniert wird“. Pachtpreisentwicklungen bleiben somit Teil der dörflichen Gerüchteküche. Im Grundstücksverkehrsgesetz können, so steht es im Gutachten, anstehende Käufe abgewendet werden, wenn beispielsweise „die Veräußerung eine ungesunde Verteilung des Grund und Bodens bedeuten“ oder der „Gegenwert in einem groben Missverhältnis zum Wert des Grundstücks steht“. Dennoch, so eine weitere Studie diesmal vom Johann Heinrich von Thünen-Institut (vTI) zu „Aktivitäten von nichtlandwirtschaftlichen und überregional ausgerichteten Investoren auf dem landwirtschaftlichen Bodenmarkt in Deutschland“, wird das Grundstücksgesetz „von vielen befragten Experten als ‚stumpfes Schwert‘ bezeichnet.“

Auf der jüngsten Agrarministerkonferenz (AMK) in Konstanz haben die Minister von Bund und Ländern über mögliche Instrumente diskutiert und das Landthema gleich auf die nächste AMK im Herbst gesetzt. Dafür ist auch beim von Thünen-Institut ein weiteres Gutachten mit Handlungsvorschlägen in Auftrag gegeben worden. Abzuwarten bleibt, wie wirksam die Instrumente für bäuerliche Betriebe und Strukturen sein werden. Festzuhalten ist, dass die ostdeutsche Problematik in dieser Debatte beinahe kritiklos durchgerutscht ist. Jörg Gerke, Bauer in Mecklenburg-Vorpommern und AbL-Bodenexperte, sagt: „Die Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) hat im Auftrag der Bundesregierung und der ostdeutschen Bundesländer nach der Wende um die 40 Prozent der ostdeutschen Flächen verwaltet und privatisiert. Dabei sind Großbetriebe maßgeblich bevorteilt worden, kleine und Nebenerwerbsbetriebe hingegen kaum an Flächen gekommen. Der Strukturwandel wurde politisch angeheizt.“

## Leitlinien gegen Landraub

Vor Ort und im Ausland ist die deutsche Politik mitverantwortlich für den Druck aufs Land. Einerseits. Andererseits hat eben diese Politik, in Person von Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner, maßgeblich daran mitgearbeitet, dass die „Freiwilligen Leitlinien für die verantwortungsvolle Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäl-

dern“ im Mai vom Ausschuss für Welternährungssicherung der Vereinten Nationen (CFS) beschlossen wurden. Ein Erfolg auf internationaler Bühne, denn obwohl die Leitlinien als „freiwillig“ bezeichnet werden, sind sie über den expliziten Bezug zu menschenrechtlichen Pflichten von Staaten im Rahmen des Völkerrechts auch völkerrechtlich bindend. Die Leitlinien bieten viele Anhaltspunkte, wie Transparenz bei Landtransfer, Beteiligung aller landwirtschaftlichen Akteure und der Zivilgesellschaft bei Boden- und Landnutzungsrechten, Sicherung der Ernährung, Verbesserung der lokalen Beschäftigung usw.

Die jüngste Fachtagung in Berlin: „Mit Leitlinien gegen Landraub“, organisiert von diversen bäuerlichen und entwicklungspolitischen Organisationen, war ein erster Anstoß zu einer Debatte in Deutschland um die Möglichkeiten der Leitlinien in der weltweiten Bodenproblematik. Deutlich wurde, dass die Leitlinien nicht nur für Entwicklungsländer angewendet werden sollten. „Wir müssen aufzeigen, dass die Bundesregierung, allen voran Aigner, in ihrer Politik diesen Leitlinien widersprechen und ebenfalls vor ihrer Haustür kehren muss“, stellt Jörg Gerke auf der Veranstaltung klar. Bauern und zivilgesellschaftliche Gruppen sind jetzt gefragt, bundesweit und bis in die Regionen in Deutschland die Leitlinien auf ihre Belange hin zu untersuchen und öffentlich zu machen. Daraus kann sich ein gesellschaftlicher Diskurs und damit der politische Druck für notwendige Änderungen entfalten. Jedenfalls als ein Baustein in dieser heißen Debatte.

Berit Thomsen,  
AbL-Expertin für  
internationale Agrarpolitik

Mehr Infos: [abl-ev.de/themen/agrarpolitik/bodenpolitik](http://abl-ev.de/themen/agrarpolitik/bodenpolitik)



Die erste Bodenkonferenz zu den neuen Leitlinien in Berlin.

Foto: Thomsen

# Geschichtsstunde für eine bäuerliche Zukunft

Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur tagt zu Landwirtschaft in Brandenburg

Fast schien es, als sei der Tisch nicht groß genug im Sitzungssaal des Brandenburger Landtags, um all das aufzunehmen, was bei der 22. Sitzung der Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur auf ihm abgeladen werden sollte. Es ging um Landwirtschaft, die Art und Weise des Transformationsprozesses der LPGen nach der Wende und die bis ins Hier und Heute reichenden Wirkungen. Es ging aber auch um Recht und Unrecht damals und heute, um Gewinner und Verlierer, um Westbetrachter und Ostakteure, Gutsherrenmanier und Kaderseilschaften, verschiedene Wahrheiten und die Frage: Warum das Ganze? Die mussten sich die Mitglieder der 2010 von den Oppositionsparteien im Brandenburger Landtag, maßgeblich den Grünen und der FDP, initiierten Enquete-Kommission vom ehemaligen Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium Gerald Thalheim (SPD) stellen lassen. Der als Anzuhörender Eingeladene erklärte, man sei doch auf dem falschen Weg zum richtigen Ergebnis gekommen und habe mit Brandenburgs Landwirtschaft „letztendlich eine Erfolgsgeschichte geschrieben.“ Thalheim wehrte sich dagegen, sich wieder einmal von Westwissenschaftlern sagen lassen zu müssen, was im Osten alles falsch gelaufen sei. Man habe im LPG-Transformationsprozess Strukturen um der Arbeitsplätze willen erhalten wollen. Und heute gebe es keine Konflikte auf den Dörfern, zumindest in Sachsen, da wo er herkomme. Draußen vor den Türen des Landtags wünschte sich derweil ein Grüppchen Altbauern und -bäuerinnen wenigstens noch eine ehrliche Aufarbeitung von Ungerechtigkeiten bei der Umwandlung. Mit ähnlichem Bauchgrummeln wie Thalheim gegenüber der Arbeit der Enquete-Kommission saß auch der ehemalige Landwirtschaftsminister von Mecklenburg-Vorpommern in den Jahren 1990 bis 1998, Martin Brick (CDU), als Anzuhörender da. Er habe beim „Fall der Wand keine Genossenschaftsbauern mit Kerze in der Hand“ gesehen, sondern nur Angst und Unsicherheit unter ihnen, während die „Leitungskader mit Herrschaftswissen“ auf „Spekulanten von jenseits der Elbe“ trafen, die mit „satter Buschzulage“ und „ohne Einfühlungsvermögen für uns“ kamen. Die Bilanz heute sei doch positiv, auch deshalb, weil in der Landwirtschaft als große Ausnahme die wirtschaftlichen Geschehnisse maßgeblich in Ost Händen geblieben seien. Aber weil dies Westler ärgere, gebe es über-

haupt solche Sitzungsunden, in denen Westgutachter die Geschehnisse negativ bewerteten, so Thalheims Resümee.

## Kurze Kette

In der Tat hatten zuvor mehrere wissenschaftliche Experten unisono konstatiert, dass – vorsichtig ausgedrückt – bei den LPG-Umwandlungen nach der Wende nicht alles mit rechten Dingen zugegangen ist und der Einfluss der Leitungskader in der DDR-Landwirtschaft, speziell der der jeweiligen LPG-Vorsitzenden, auf den Umwandlungsprozess erheblich war. Obwohl per Landwirtschaftsanpassungsgesetz LPG-Nachfolger und Wiedereinrichter gleichberechtigt behandelt werden sollten, stellen alle untersuchenden Wissenschaftler hier ein Ungleichgewicht zu Gunsten der LPG-Nachfolger fest. Neben den „Knüppeln zwischen den Beinen“ der Wiedereinrichter kommt Gutachter Wal-

an der Humboldt-Uni in Berlin, darstellte: von 1989 bis heute sank die Zahl der in der brandenburgischen Landwirtschaft Beschäftigten von 15 auf 1, 5 AK pro Hektar. Und die in der Landwirtschaft Verbliebenen verdienen mit einem Bruttolohn von 1.200 Euro nur die Hälfte von dem, was in Niedersachsen in der Landwirtschaft gezahlt wird. Das liege an den kurzen Wertschöpfungsketten, der Marktfürne, dem geringen Tierbestand in Brandenburg, erklärten Müller und auch Reinhard Stolze, Agrarexperte der Linksfraktion in der Enquete-Kommission.

## Falsche Struktur

Dass es auch das falsche strukturelle Konzept der rationalisierten Massenproduktion in Großbetrieben sein könnte – in einem Land rund um eine Großstadt und mit touristischen Attraktionen –, auf diesen Gedanken hob erst Friedrich Wil-

jene agrarischen Strukturen konserviert wurden, die keineswegs historisch gewachsen waren. Da war der Informations- und Wissensvorsprung der LPG-Leitungskader gegenüber dem gemeinen Genossenschaftsbauern und aber eben auch eine entsprechende Landvergabepraxis von Treuhand/BVVG und eine EU-Agrarpolitik, die mit Lobbyunterstützung durch die (Ost-) Länder- und Bundesagrarpolitiker und den Bauernverband gewirkt hat. Nun erkenne man die Folgen: Umwelt- und Klimaschäden, leere ländliche Räume, eine immer stärkere gesellschaftliche Ablehnung. Es gebe eine Renaissance der bäuerlichen Landwirtschaft, so Graefe zu Baringdorf, die unabhängig von der Frage groß oder klein für eine andere Agrarstruktur stehe – auch in Brandenburg, wie das Beispiel des großen Demeterbetriebs in Brodowin zeige. Entsprechend gelte es, sich stark zu machen für die positiven Ansätze einer Förderung in diese Richtung in der nächsten EU-Agrarreform, und es gelte nach wie vor, bestehende Ungerechtigkeiten bei der Vergabe der Ackerfläche durch die BVVG zu beseitigen. Flächen gleichberechtigt zum Kauf auszuschreiben und nicht durch Sonderkonditionen den Pächtern vorzubehalten, wäre eine konkrete Maßnahme, die der Buchautor und Agrarwissenschaftler Jörg Gerke als Anzuhörender beschrieb. Daraus resultiere gleichzeitig ein Schutz gegen die derzeit allseits gefürchtete Invasion außerlandwirtschaftlicher Investoren in der Landwirtschaft. Diese bevorzugten große, durchrationalisierte Betriebe, so Gerke.

## Erkenntnisgewinn

Vielleicht sind diese Hinweise ja der Erkenntnisgewinn, von dem die Kommissionsangehörige Linda Teuteberg aus der FDP-Landtagfraktion sprach, als sie Thalheim und Brick die Aufgabe und den Sinn der Enquete-Kommission erklärte. Sie, „als junge Ostdeutsche, die es ablehne, wenn von den Ostdeutschen oder den Westdeutschen als homogene Masse gesprochen werde“, wundere sich darüber, dass heute von denjenigen der Ausverkauf der Landwirtschaft an außerlandwirtschaftliche Investoren beklagt werde, die damals durch die politischen Weichenstellungen die Voraussetzungen dafür geschaffen hätten. In einer gemeinsamen Presseerklärung mit Axel Vogel, Grüner Landtagsabgeordneter, resümierten die beiden Kommissionsmitglieder: „Die heutige Sitzung war nicht nur eine überfällige Geschichtsstunde, sondern zugleich eine Aufforderung zu einer zeitgemäßen und ausgewogenen Politik für den ländlichen Raum.“ cs



Schlagabtausch am runden Tisch. (vordere Reihe v.r. Martin Brick, Jörg Gerke, Gerald Thalheim und Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf) Foto: Schielbein

ter Bayer, Professor an der Uni Jena, zu dem Schluss, dass „fast jede“ LPG-Umwandlung rechtliche Mängel aufweist und bei zehn Prozent der Umwandlungen so gravierende Fehler aufgetreten sind, dass sie ungültig sind. Selbst wenn dies in den Umbruchjahren noch schwierig nachzuvollziehen gewesen sein mag, so seine Schlussfolgerungen, so hätte man es Anfang der 90er Jahre überprüfen und korrigieren können und müssen. Er sagt, was später Brick und Thalheim bestätigen: Die Politik wollte nicht handeln, um den Fortbestand der Strukturen nicht zu gefährden. Wohlmeinend begründet wurde das mit dem Erhalt der Arbeitsplätze. Die gingen aber trotzdem verloren, wie der zweite Gutachter, Klaus Müller, Professor

helm Graefe zu Baringdorf ab, der als AbL-Vorsitzender als Anzuhörender geladen war. Er erklärte sich nicht einverstanden mit Thalheims Bilanz, es sei doch alles in allem gut gelaufen, und konstatierte unterschiedliche Wahrheiten unabhängig von Ost- und Westbefindlichkeiten. Graefe zu Baringdorf machte deutlich, dass es in den Umwandlungsprozessen sehr wohl um die „Kontinuität der agrarischen Eliten“ gegangen sei, von der der Gutachter Arnd Bauerkämper von der FU Berlin bereits in der vorherigen Sitzung gesprochen hatte. Es habe kaum Zivilgesellschaft und keinen – da durch die sozialistische Logik zerschlagenen – Bauernstand gegeben, der interveniert hat, als mit Ungerechtigkeiten

# Resistente Keime aus Tierhaltung

Antibiotika-Fachtagung mit einem Plädoyer für artgerechte Tierhaltung

Bei einer Fachtagung der Grünen im Niedersächsischen Landtag ging es im Mai um den Antibiotika-Einsatz in der Tierhaltung. Agrarsprecher Christian Meyer stellte fest, man müsse an das Kernübel der Massentierhaltung, die Tierzahl, Tierdichte und Mastdauer, heran, statt mit Antibiotika an den Symptomen herumzudoktern. Eine im Frühjahr veröffentlichte Studie des niedersächsischen Agrarministeriums zeigte, dass 97 Prozent der Puten, 76 Prozent der Masthühner und 68 Prozent der Schweine mit Antibiotika behandelt werden. Der Präsident der Bundestierärztekammer Prof. Mankel forderte geringere Besatzdichten etwa in der Geflügelmast und ein Ende der stark wachstumsorientierten Züchtungen.

## Antibiotika, MRSA, ESBL

Dr. Thomas Fein nannte als Gefährdungspotenzial für die Verbreitung von auch durch den übermäßigen Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung entstehenden MRSA- und ESBL-Bakterien nicht nur die weit über 1 km reichenden Emissionsfahnen, sondern auch die Ausbringung von Gülle und Hühnerkot. Nutzpflanzen könnten die auf die Felder gebrachten MRSA aufnehmen. Resistenzen würden durch die systematische Gabe unterdosierter Antibiotika geradezu gezüchtet. Eine BUND-Studie fand im Auftauwasser von jedem zweiten im Laden gekauften Hähnchen multiresistente Keime, ebenso im Umfeld von Mastställen. Bei Schweinen aus tiergerechter Haltung und bei deren Haltern ermittelte das Robert-Koch-Institut, RKI, deutlich weniger Keime.

## Betriebsgröße und Haltungsform

Laut Peter Knitsch vom NRW-Agrarministerium werden rund 92 Prozent der Hähnchen mit Antibiotika behandelt; mit bis zu acht Wirkstoffen. In rund 40 Prozent der Fälle würden die Präparate nur für einen Tag ge-

geben, eine mögliche Erkrankung der Tiere also nicht austerapiert. Er wertete dies als Indiz, dass bei einer Reihe dieser Kurzbehandlungen nicht die therapeutische, sondern die seit 1996 verbotene Mastbeschleunigung das Ziel des Einsatzes ist. Die Studie hat auch gezeigt, dass ein klarer Zusammenhang zwischen der Betriebsgröße und dem Antibiotika-Einsatz besteht. In kleineren Betrieben und in Biobetrieben sowie bei längerer Mastdauer werden deutlich weniger Antibiotika eingesetzt. Nach Auskunft des Ministeriumsvertreters setzte NRW mittelfristig auf einen vollständigen Verzicht von Antibiotika. Dass es auch anders geht, erläuterte Reinhild Benning vom BUND. Die Tiere hätten bei einer ökologischen bzw. artgerechten Haltung deutlich mehr Platz in kleineren Beständen. Wegen der geringeren Energiedichte des Futters seien die Leistungsanforderungen an den Organismus des Tieres geringer und es würde deutlich weniger Antibiotika eingesetzt.

## „Moderne Tierhaltung“

Für Dr. Thomas Große Beilage, Vorsitzender des Arzneimittelausschusses der Bundestierärztekammer, ist die preisgünstige Produktion ein Fortschritt der „modernen Landwirtschaft“. Im Übrigen verordne der Tierarzt die Medikamente nur – über Umfang und Zeitraum einer Behandlung entscheide einzig der tierhaltende Betrieb. Datenbankbasierte Meldepflichten über den Einsatz von Antibiotika sowie eine Einschränkung des Dispensierrechts (Recht der Tierärzte zum Verkauf von Medikamenten) lehnte er ab. *en*

Die Dokumentation des Fachgesprächs ist online verfügbar: [http://www.christianmeyer-gruene.de/cms/default/dok/411/411688.antibiotikaehinsatz\\_in\\_der\\_tierhaltung\\_ri.html](http://www.christianmeyer-gruene.de/cms/default/dok/411/411688.antibiotikaehinsatz_in_der_tierhaltung_ri.html)



Viele Vögel, viel Antibiotika

Foto: Dreiucker/pixelio

Kurzes am Rande

## Tod alle 45 Sekunden

Fünf Sekunden, so die Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Grünen, bleiben für das fachgerechte Töten von Schweinen. Je nach Schlachthof durchlaufen bis zu 750 Schweine pro Stunde die Betäubungsanlagen. Was bisher nicht bekannt war ist, dass die Fehlbetäubungsrate bei handgeführten elektrischen Anlagen bei Schweinen um 12,5 % beträgt. In automatischen Anlagen liegt sie immer noch bei bis zu 3,3 %. Geringerer Durchsatz, aber immer Akkord auch bei den Rindern, von denen pro Stunde 80 Stück, also alle 45 Sekunden eines getötet wird. Besonders die Akkordarbeit und der Stress der Angestellten wurde als Fehlerquelle festgestellt. Grundsätzliche Zweifel an den Ausführungen äußerte die Sprecherin des Verbands deutsche Fleischwirtschaft (VdF) Heike Harstick: „Die Bundesregierung bezieht ihre Antwort nach eigenen Angaben aus der Literatur. Die dahinter stehenden Studien sind schon sehr alt und entsprechen nicht dem Stand der Technik.“ Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hält Vorfälle dieser Art dagegen für so schwerwiegend, „dass alle Anstrengungen unternommen werden müssen, um sie künftig sicher auszuschließen“. *mn*

## EU-Freihandelsabkommen mit Peru und Kolumbien unterzeichnet

Deutschland hat dem Freihandelsabkommen Ende Mai zugestimmt, meldet der landwirtschaftliche Nachrichtendienst *Agra Europe*. Die Zölle und Zollkontingente für Milchpulver und Käse aus Peru und Kolumbien sollen in den nächsten 15 bis 17 Jahren vollständig abgeschafft werden. Der Marktzugang für Schinken aus Europa in den nächsten fünf Jahren ohne Beschränkung erfolgen. Aber auch bei Wein, Olivenöl, Getreide und Malz sollen Handelsschranken abgebaut werden. Im Gegenzug senkt die EU Einfuhrzölle für Bananen und Zucker aus Peru und Kolumbien, ein bisschen auch für Wein und Spirituosen. Noch fehlt die Entscheidung des EU-Parlaments zum Abkommen. Das soll sich im Herbst entscheiden. Bei einer Zustimmung des Parlaments würde das Abkommen noch in diesem Jahr in Kraft treten. *bet*

## Nanopartikel schädigen Pflanzen-DNA

Nanopartikel sind eine der Zukunftshoffnungen der chemischen Industrie. Die vielfältig einsetzbaren Miniteilchen zeigen aber immer wieder bedenkliche Eigenschaften. Jetzt haben WissenschaftlerInnen des US-amerikanischen National Institute of Standards and Technology und der University of Massachusetts Amherst nachgewiesen, dass sich synthetische Nanopartikel in Pflanzen anreichern und ihre DNA beschädigen können. Konkret untersuchten die Wissenschaftler die Eigenschaften von Kupferoxid, das unter anderem als Färbepigment für Glas, Keramik und Porzellan verwendet wird und als Poliermittel für optische Geräte und als Katalysator bei der Herstellung von Viskose. Untersucht wurde die Aufnahme von Kupferoxid-Nanopartikeln bei Radieschen und zwei Grasarten. Offenbar werden die Nanopartikel stärker von den Zellen der Pflanzenwurzeln aufgenommen als größere Partikel der gleichen chemischen Verbindung, und auch die Schädigung der DNA war durch Nanopartikel merklich größer. *mn*

## Lebensmittel dekontaminieren

Offenbar sind die Produktionsbedingungen bei industriell hergestellten Lebensmitteln permanent von einer Kontamination mit krankmachenden Keimen bedroht. Anders ist nicht zu erklären, dass der Präsident des Bundesamtes für Risikoforschung (BfR) auf dem 12. BfR-Forum Verbraucherschutz laut über den Einsatz von Dekontaminationsmaßnahmen nachdachte. Neben der Behandlung von Lebensmitteln mit ultraviolettem Licht und ionisierenden Strahlen könnten auch chemische Substanzen im Kampf gegen die Bakterien eingesetzt werden. In den USA werde das Geflügel beispielsweise nach der Schlachtung mit chlorhaltigen Substanzen oder Peroxysäuren besprüht oder in Tauchkühlbäder eingebracht. Es stelle sich die Frage, ob Unternehmern und Verbrauchern in der EU vielleicht potenziell geeignete, unbedenkliche Verfahren zur Gewinnung sicherer Lebensmittel vorenthalten würden, so der BfR-Präsident. *mn*

## Katholiken unterstützen EU-Agrarreform

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) begrüßt in einem zur aktuellen Agrarreform-Debatte vorgelegten Eckpunktepapier das grundsätzliche Anliegen der Reformvorschläge, „die Direktzahlungen an die Landwirte künftig stärker an sozio-ökonomische Kriterien und ökologische Auflagen – das sogenannte „greening“ – zu binden.“ Nur eine ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltige Landwirtschaft sei schöpfungsgerechtere und damit zukunftsfähig, so das ZdK. Es mahnt Korrekturbedarf in einzelnen Punkten der konkreten Ausgestaltung an, z. B. solle ins „greening“ der Verzicht auf Gentechnik-Pflanzen aufgenommen werden. Ausdrücklich wird die Installierung einer europäischen Eiweißstrategie zur Förderung des Anbaus heimischer Leguminosen und damit die Konkretisierung der Fruchtfolgeauflage eingefordert. Das ZdK kritisiert Brüssel für das fast völlige Ausblenden internationaler Auswirkungen der GAP. Die EU-Exportstrategie drohe insbesondere zu Lasten der lokalen Landwirtschaft in Entwicklungsländern zu gehen und gefährde damit deren Ernährungssouveränität. Verantwortung, so die ZdK, müssten aber auch die Verbraucher an der Ladentheke übernehmen. *cs*

## Positionspapier Welternährung

Die Bundesregierung und die zuständige Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Ilse Aigner, verhindern bislang eine Neuorientierung der Agrarpolitik und setzen weiter auf Produktionssteigerung und Kostenreduktion, um auf den Weltmärkten konkurrenzfähig zu sein. Aus diesem Anlass fordert ein Bündnis aus 20 Entwicklungs-, Umwelt- und Bauernorganisationen, darunter die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), die Bundesregierung in einem neuen Positionspapier auf, sich bei der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU für eine Abkehr von der Exportpolitik im Fleischsektor wie eine umwelt- und entwicklungsgerechte Tierproduktion einzusetzen. Die industrielle Tierhaltung und der nachgelagerte Bereich profitieren seit Jahren massiv von der Europäischen Agrarpolitik, kritisieren die Verbände. Gleichzeitig tragen die Massentierhaltung und die Fleischexporte aus der Europäischen Landwirtschaft am stärksten zu Problemen bei Welternährung und Armutsbekämpfung bei. Auch in Deutschland sind die Folgen der politisch forcierten Überschussproduktion negativ. Der entstehende Preisdruck begünstigt die industrielle Tierhaltung und verdrängt bäuerliche Betriebe. Umwelt-, Tier- und Klimaschutz bleiben auf der Strecke. *pm*

Das Positionspapier: [www.forumue.de](http://www.forumue.de)

## Krabbenfischer organisieren sich

Die deutschen Krabbenfischer schließen sich in einer zentralen Vermarktungsgesellschaft gegenüber den bisher preisbestimmenden Großhändlern zusammen. Zur Gründungsversammlung in Wardenburg bei Oldenburg kamen 120 Fischer, so dass die Zielgröße von 60 % Beteiligung der 224 Betriebe erreichbar scheint. *en*

### Grüne Vernunft?

Der Verein „Grüne Vernunft“ wurde 2009 von Industrievertretern, Lobbyorganisationen und Politikern gegründet. Dazu gehören unter anderem Vertreter von Bayer Crop Science, Roche Diagnostics, BASF Plant Science, Innoplanta e. V., KWS aber auch von Raiffeisen, Bundesverband deutscher Pflanzenzüchter, Industrieverband Agrar sowie Milchmogul Theo Müller. Prominente Politiker im Verein sind der Briefschreiber und Ex-Wirtschaftsminister von Sachsen-Anhalt, Horst Rehberger (FDP) sowie die Bundestagsabgeordnete Christel Happach-Kassan (FDP), Doris Barnett (SPD) und Max Lehmer (CSU). In der Satzung wird der Zweck des Vereins im Bereich der Pflanzenbiotechnologie wie folgt beschrieben: die Schaffung und der Betrieb einer Kommunikationsplattform für Akteure und Interessierte sowie Aktionen zur Förderung des Wissens der Bürgerinnen und Bürger in der Bundesrepublik Deutschland. *cs*

Kurzes am Rande

# Offener Gentechnik-Hunger

Industrie will katholische Kirche moralisch unter Druck setzen

Ein offener Brief in der *Badischen Zeitung*, abgedruckt am 12. Juni, schlägt derzeit gewisse Wellen. Absender ist der FDP-Politiker Horst Rehberger für das „Forum Grüne Vernunft“ (FGV), eine Vereinigung der gentechnikfreundlichen Industrie. Er wirft dem Adressaten, dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Dr. Robert Zollitsch, vor, sich einem Gespräch mit dem FGV vor dem Hintergrund der Ergebnisse der Päpstlichen Akademie der Wissenschaften zur Gentechnik zu verweigern. Gleichzeitig macht er die katholische Kirche damit mitverantwortlich

Rehberger vorwirft –, noch sich bedenkenlos an die Seite der Gegner oder Befürworter dieser umstrittenen Technik stellen. Zumal sehr aufmerksam zu verfolgen ist, ob es tatsächlich um ein humanitäres Anliegen oder eher um die Steigerung von Profit geht.“ Es sei infam, wenn Herr Rehberger behaupte, dass Kinder vor Hunger sterben, weil die katholische Kirche sich differenziert kritisch zur Grünen Gentechnologie verhalte. „Die katholische Kirche ist der sichere Garant, dass das Elend in der Welt durch Hunger nicht noch größer wird.“



Wider Grüne Vernunft. Bischof Zollitsch

Foto: Wici

## BÖLW-Stellungnahme

Auch von anderer Seite mangelt es nicht an Kritik an dem Brief der Gentechniklobbyisten. Auch Felix Prinz zu Löwenstein, Vorstand des Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) hat eine öffentliche Erwiderung an das „Forum Grüne Vernunft“ geschrieben. Darin heißt es: „Es ist aber geradezu zynisch, die Ablehnung der patentgesicherten Pflanzen der Gentechnikindustrie mit dem Verhungern von Kindern in Zusammenhang zu bringen. Auf fast 150 Millionen ha weltweit werden diese Pflanzen angebaut. Keine davon bringt höhere Erträge oder mehr Ernährungssicherheit für die Armen. Im Gegenteil: Sie sind mit Eigenschaften versehen worden, die es ermöglichen, auf großen Flächen mit geringem

für den Hungertod von täglich 6.000 Kindern auf der Welt. Angesichts dieser Zahlen, so der Tenor des Briefes, dürfe sich die katholische Kirche der Gentechnik nicht kategorisch verschließen. In einer Antwort erklärt der Pressesprecher der Deutschen Bischofskonferenz, „der offene Brief von Herrn Rehberger entbehrt jeder Grundlage“. Es habe sehr wohl Gespräche gegeben und „eine uneingeschränkt positive Position, wie sie Herr Rehberger aus dem Abschlussbericht einer Institution des Heiligen Stuhls ableiten zu können meint, nimmt die katholische Kirche in diesem Zusammenhang nicht ein“. Zu einem Gesprächstermin aufgrund dieses Briefes werde es jedenfalls nicht kommen, „dann könnte ja jeder, der sich eine große Anzeige leisten kann, einen Gesprächstermin beim Erzbischof bekommen“, so der Bistumssprecher. Der Pressesprecher der Bischofskonferenz findet noch deutlichere Worte: „Im Gegensatz zur Polemik von Herrn Rehberger werden die deutschen Bischöfe die Entwicklung und Diskussion der Grünen Gentechnik weiterhin aufmerksam und differenziert begleiten. Dabei werden sie weder schweigen – wie Herr

Arbeitseinsatz und ohne Rücksicht auf Fruchtfolge und die Leistungen eines funktionierenden Ökosystems Futtermittel und Agrarrohstoffe anzubauen. Leidtragend sind Kleinbauern, die dieser Form von industrieller Landwirtschaft weichen müssen und deren Gesundheit im Nebel der mit ihr einhergehenden Pestizide beschädigt wird. Das bischöfliche Hilfswerk Misereor hat schon mehrfach darauf hingewiesen, dass die Lösung des Hungerproblems bei den Hungernden ansetzen muss: bei den Kleinbauern und durch ein Konzept der ökologischen Intensivierung ihrer Wirtschaft. So kann eine Input-arme, ökologisch verträgliche und gleichzeitig produktive Landwirtschaft entstehen, die den Kleinbauern – die 90 Prozent aller Bauern weltweit ausmachen – eine dauerhafte Perspektive eröffnet. Dies trägt allerdings nichts zum Umsatz der chemischen Industrie bei – die mit den Firmen Monsanto und BASF gleichzeitig den Markt mit gentechnisch verändertem Saatgut in der Hand haben. Das wiederum erklärt, weshalb sie so große Anstrengungen darauf verwendet, die Kirche für ihre Zwecke einzuspannen.“ *cs*

# Rohstoff Milch ist umkämpft

Zunehmende Bündelung von Änderungen im Marktstrukturgesetz bedroht

**M**ehr Marktmacht erlangen! Sich zusammenschließen. Die Milch bündeln. Das sind die wesentlichen Punkte, mit denen die Milchbauern und allen voran der Bundesverband deutscher Milchviehhalter versuchen, den durch Zusammenschlüsse und Fusionen immer stärker werdenden Molkereikonzernen zu begegnen. Ziel ist es, eine adäquate Verhandlungsposition bei Preisabsprachen und Lieferbedingungen zur erlangen, um den regional oft monopolistischen Strukturen auf der Abnahmeseite kraftvoll begegnen zu können.

In Bayern hat sich mit der Bayern Meg, nach deren personellen Trennung vom Bauernverband, eine eigenständige, im Interesse der Bauern agierende Organisation gebildet. Gemeinsam mit dem BDM arbeitet man daran, in Verhandlungen faire Milchpreise für die Mitglieder zu erstreiten und den Bündelungsgrad weiter voranzutreiben. Derzeit bündelt die Bayern Meg die Milch von ca. 50 Milcherzeugergemeinschaften und konzentriert damit nahezu 1,7 Mrd. kg Milch von ca. 10.000 Milcherzeugern. Inzwischen wird das erfolgreiche Modell der Bayern MEG auch in anderen Regionen des Bundesgebiets umgesetzt. Sowohl in Nord- als auch in Westdeutschland sollen Dachorganisationen gegründet werden, in denen sich die einzelnen Milcherzeugergemeinschaften zwecks einer gemeinsamen Vermarktung zusammenschließen können. Den großen Molkereikonzernen dürfte nichts an einer Bündelung ihrer Rohstoffversorger gelegen sein. Dabei haben sie, wie das Beispiel der Hochwald im Raum Lüneburg zeigt, selbst den Unmut ihrer Lieferanten zu verantworten. Anstelle eines dauerhaften Vertrags mit der Milcherzeugergemeinschaft Lüneburg bot das Unternehmen den Bauern nur einen jeweils einjährigen Vertrag an. Vor dem Hintergrund eines angespannten Markts, der Exportabsichten des Unternehmens, einer gescheiterten Zusammenarbeit mit der MUH und 10. bis 15.000 Tonnen Käse, die Arla derzeit unter Preis in den Markt schiebt, war dies den Bauern zu unsicher. Sie kündigten ihrerseits und verhandelten neu. Unter der beratenden Mithilfe der Bayern MEG erhält man jetzt 29,75 Cent, 2 Cent über dem Bundesdurchschnitt. Noch im Juli soll eine eigene MEG als Schwesterorganisation der Bayern MEG gegründet werden. Derzeit gibt es neun Milcherzeugergemeinschaften, die Mitglied werden wollen. Sieben wären zur Gründung nur nötig. Und das Interesse ist groß. „Vor allem aus Mecklenburg-Vorpommern haben wir viele Anfragen“, berichtet Ottfried Wolter vom BDM.

## Bayern MEG und BDM

Zu Zeiten der Gründung der Bayern MEG fiel es nicht schwer, diese als Bauernverbandsopposition zur MEG Milchboard

des BDM zu erkennen. Auch die selbstbewusste Entscheidung, unter anderem von Geschäftsführer Markus Seemüller, seine Anstellung beim Bauernverband zu Gunsten der Bayern MEG aufzugeben, machte den Weg auch für eine engere Zusammenarbeit mit dem BDM frei. Die anstehenden Neugründungen in Nord- und Westdeutschland unter Mithilfe der Bayern MEG kommentiert deren Aufsichtsratsvorsitzender als Reaktion auf die vom Bundeskartellamt festgestellte, einseitig zu Lasten der Molkereien verschobene Marktsituation. „Das Bundeskartellamt hat im Rahmen der Sektoruntersuchung Milch klare Rahmenbedingungen aufgestellt, mit dem Ziel, bestmöglichen Wettbewerb um die Milch zu generieren. Diese Spielregeln gilt es jetzt umzusetzen, aber auch als Chance zu begreifen.“

## Kleiner Trick, große Wirkung

Unsaubere Methoden! Das könnte der erste Impuls sein, wenn man vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen von dem neuen Entwurf zum Marktstrukturgesetz hört. Gesetz zur Anpassung des Rechts der Agrarorganisationen. Unter diesem Titel kommt der noch nicht abgestimmte Gesetzentwurf daher. Der neue Vorschlag soll, so scheint es, gezielt die Bündelungsaktivitäten der Bauern unterbinden. So wird es, wenn der Entwurf umgesetzt werden sollte, zukünftig verboten sein, in zwei Agrarorganisationen Mitglied zu sein: § 4 Doppelmitgliedschaft: (1) Eine Agrarorganisation darf nur über Mitglieder verfügen, die in keiner anderen anerkannten Agrarorganisation, die ganz oder teilweise denselben Erzeugnisbereich zum Gegenstand hat, Mitglied sind. Mit einem Streich wäre es gelungen, ca. 70 Prozent der genossenschaftlich mit ihrer Molkerei verbundenen Milchbauern die Mitgliedschaft in einer der Molkerei vorgeschalteten Erzeugergemeinschaft zu verbieten.

In Paragraph 2 (2) wird die Andienungspflicht geregelt: „Die Mitglieder einer Erzeugerorganisation sind verpflichtet, ihre Agrarerzeugnisse und Agrarverarbeitungserzeugnisse, die in den Erzeugnisbereich der Erzeugerorganisation anzu dienen.“ Unabhängig von den bestehenden Lieferverträgen wird hierdurch aus Sicht der Milchbauern eine Monopolstellung der Molkerei geschaffen. Wer wenn nicht die Milchindustrie kann hinter einem derartigen Gesetz stehen? *mn*

Kurzes am Rande

## Fruchtbuttermilch ist Kunst

Die Upländer Bauernmolkerei jedenfalls beteiligt sich an der Documenta in Kassel. Als Teil der weltweiten Künstlerinitiative And And And, die sich mit zentralen globalen Themen wie der Welternährung befasst, werden in der Karlsaue an einem Kiosk regionale und saisonale Bioprodukte angeboten. Auch Fruchtbuttermilch aus Willingen Usseln lädt zum Genießen und Picknicken in der Aue ein. Mit ihrer Initiative wollen die Künstler neben der Welternährung auf Nahrungsmittelzockerei, Patente auf Leben und Industrialisierung der Landwirtschaft aufmerksam machen.

„Die Kuh macht aus dem für Menschen nicht genießbaren Gras hochwertiges Eiweiß – die Milch – und schafft durch die Beweidung gleichzeitig eine Vielfalt von Arten. Wir leben in einer Kulturlandschaft, die durch die Arbeit der Bäuerinnen und Bauern erhalten wird“, so Biobauer Josef Jacobi. „Agricultur heißt Kultur in den Boden bringen, Bodenleben erhalten“, erklärte Jacobi weiter. „Artgerechte und umweltverträgliche Landwirtschaft hat ihren Preis. Billige Preise zerstören unsere bäuerlichen Betriebe und unsere Kultur.“ *mn*

## Arla in China

Der dänische Molkerei-Riese will in China sein Geschäft mit der Molkereigesellschaft Mengniu Dairy Company ausbauen. Durch die vereinbarte Beteiligung von 6 % wird der Konzern Miteigentümer. Neben der Planung eines gemeinsamen Technologie- und Forschungszentrums soll Mengniu die Marke Arla in China vermarkten. Insgesamt investieren die Dänen 228 Mio. Euro. Arla erwartet bis zum Jahr 2016 in China einen Umsatzanstieg um das Fünffache. Das Unternehmen ist seit 2005 im chinesischen Markt vertreten. *mn*

## Rohstoff sichern

Zwölf eigene Milchfarmen will die chinesische Großmolkerei Mengniu, mit einem Jahresumsatz von rund 4,7 Mrd. Euro, bis zum Jahr 2015 bauen, um den Zugriff auf den Rohstoff Milch zu sichern. Derzeit bezieht Mengniu rund 80 Prozent der Milch von außerhalb des Konzerns. Nach einer Meldung von *china daily* fließen in das Projekt rund 440 Mio. Euro. Sun Yiping, seit April neuer CEO, hat dem Vorhaben Priorität eingeräumt. Ursprünglich war die Planung bis 2017 ausgerichtet. *mn*

## Müller auf der Insel

Müller hat in England das Werk Minsterley Creamery, Shropshire, übernommen. In dem Werk werden gekühlte Desserts der Marke Cadbury hergestellt. Über den Kaufpreis des Werks wurde nichts bekannt. Heiner Kamps, CEO der Unternehmensgruppe Theo Müller: „Die Akquisition steht im Einklang mit unserer im vergangenen Jahr angekündigten Strategie, profitable Unternehmen in den Kernmärkten zu übernehmen, in denen wir bereits erfolgreich vertreten sind.“ Das Engagement der Unternehmensgruppe in England begann vor 20 Jahren mit der Eröffnung des Produktionsstandorts in Market Drayton, Shropshire. Müller bezeichnet sich selbst in England derzeit als Marktführer im Joghurt-Segment. *mn*



*mn* Milch bündeln.

Foto: Romy/pixelio

## Gegen Rechts

Immer wieder versuchen rechte Gruppen, sich über einen Bezug zur Landwirtschaft Gehör zu verschaffen. Nicht selten versuchen sie dabei, die ökologische Wirtschaftsweise für ihre braunen Ideale zu missbrauchen. Stellvertretend für seine Mitglieder hat sich der Bund ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) jetzt mit einer Petition diesen Bestrebungen entgegengestellt: „Der BÖLW und seine Mitglieder wenden sich in aller Entschiedenheit gegen jeden menschenverachtenden und die Menschenwürde missachtenden Radikalismus. Insbesondere verurteilen wir jeden Versuch, das Prinzip des Öko-Landbaus eines standortgebundenen Betriebsorganismus für rechtsradikale Ideologien zu missbrauchen.“ Die gesamte Petition ist im Internet auf den Seiten des BÖLW zu finden. *mn*

## 104.000 Bauernopfer

Mit Blasmusik und Gesang gedachten Bauern und Bäuerinnen in München organisiert von der AbL in Bayern den 104.000 Bauernhöfen im Land, die unter der 20 jährigen bayerischen Bauernverbandspräsidentschaft von Gerd Sonnleitner dem Strukturwandel zum Opfer gefallen sind. Währenddessen fand im Rahmen des Bauernstages ein Empfang für den scheidenden Präsidenten auch aus dem Amt im deutschen Bauernverband gemeinsam mit Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) statt. Das „demonstrierte eindrucksvoll die traditionelle Verfilzung von Politik, Bauernverband und Industrie“, die die Bauernfamilien um ihre Existenzgrundlagen bringe. *cs*

## NRW-AbL fordert bäuerliche Modernisierung

„Wir wollen eine nachhaltige, bäuerliche und gentechnikfreie Landwirtschaft“, so hat es sich die neue alte Landesregierung von NRW aus SPD und Grünen in den Koalitionsvertrag geschrieben. Die AbL NRW wird sie beim Wort nehmen und als Ansprechpartner für „die erforderliche tier-, umwelt- und klimagerechte Modernisierung“ zur Verfügung stehen und darauf achten, dass es so angepackt werde, „dass wir möglichst keinen Betrieb dabei verlieren, sondern allen Bäuerinnen und Bauern die Chance geben, ihre jeweilige wirtschaftliche Zukunftsperspektive dabei zu entwickeln“, so der Landesvorsitzende Bernd Schmitz. *pm*

Kurzes am Rande

# Mit dem Rad nach Brüssel

Good Food March zum Mitreden bei der EU- Agrarpolitik

Bei den Abstimmungen über die Entwürfe zur Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) 2013 wird das erste Mal in ihrer Geschichte die Reform der europäischen Landwirtschaft nicht nur vom Europäischen Rat, sondern auch vom Europäischen Parlament und den nationalen Regierungen beschlossen. Dies ist die Chance für die zivile Bevölkerung, ihre Stimme zu erheben und deutlich zu machen, welche EU Agrarpolitik sie in Zukunft wollen!

Sechs Organisationen: ARC 2020, IFOAM EU Group, EMB, PAC 2013, ECVC, Friends of the Earth Europe und die Kampagne „Meine Landwirtschaft“ laden in diesem Sommer europaweit dazu ein, sich ab August unter dem Motto: Good Food March auf den Weg nach Brüssel zu machen, um sich für eine gerechte Landwirtschaftspolitik einzusetzen. Zudem können sich Interessierte parallel dazu mit Aktionen und Veranstaltungen in den Regionen beteiligen!

Das Kernstück der deutschlandweiten Aktionen ist eine Radtour, die in Süddeutschland startet. Slow Food Deutschland e.V., Bund Naturschutz in Bayern/BUND, Evangelischer Entwicklungsdienst (EED) laden gemeinsam mit „Meine Landwirtschaft“ am 25. August zur Auftaktveranstaltung „Teller statt Tonne“ in München ein. „Das industrielle landwirtschaftlich-ernährungstechnische Modell, das sich im Laufe der letzten

fünfzig Jahre etabliert hat, ist einer der Gründe für die schwerwiegendste Umwelt- und Klimakrise, die die Menschheit je erlebt hat“, macht Dr. Rupert Ebner, Vorstand von Slow Food Deutschland e.V., deutlich. Die Essenstafel ist der symbolische Startpunkt der dreieinhalbwöchigen Tour nach Brüssel. Von München aus geht es nach einer Übernachtung weiter Richtung Wilpersberg, wo Familie Kreppold zu einem agrarpolitischen Frühschoppen einlädt. Während der Tour werden die RadlerInnen immer auf Höfen oder in öffentlichen Gebäuden übernachten. Während der 900 km langen Tour sind die Aktivisten auf Lebensmittelspenden angewiesen. Am ersten September gibt es einen Zwischenhalt bei der Fischermühle, der Vereinigung für wesensgemäße Bienenhaltung. „Wir möchten deutlich machen, was Bienen mit EU-Agrarpolitik zu tun haben und welche Auswirkung unterschiedliche Förderprogramme auf die Bienenpopulationen haben“, macht Thomas Radetzki, Imkermeister und Vorstand von Mellifera e.V. in Balingen deutlich. Über den Schwarzwald geht es dann weiter nach Lothringen mit dem Blick Richtung Straßburg. „Straßburg ist unser internationaler Treffpunkt. Viele Aktivisten aus Frankreich und Spanien kommen hier noch dazu, so dass wir eine richtig große Truppe werden. Außerdem möchten wir von Straßburg schon mal live nach Brüssel schalten, dort findet nämlich am fünften September zeitgleich die GMO-free regions Conference statt“, erklärt Jochen Fritz, Kampagnenleiter von „Meine Landwirtschaft.“

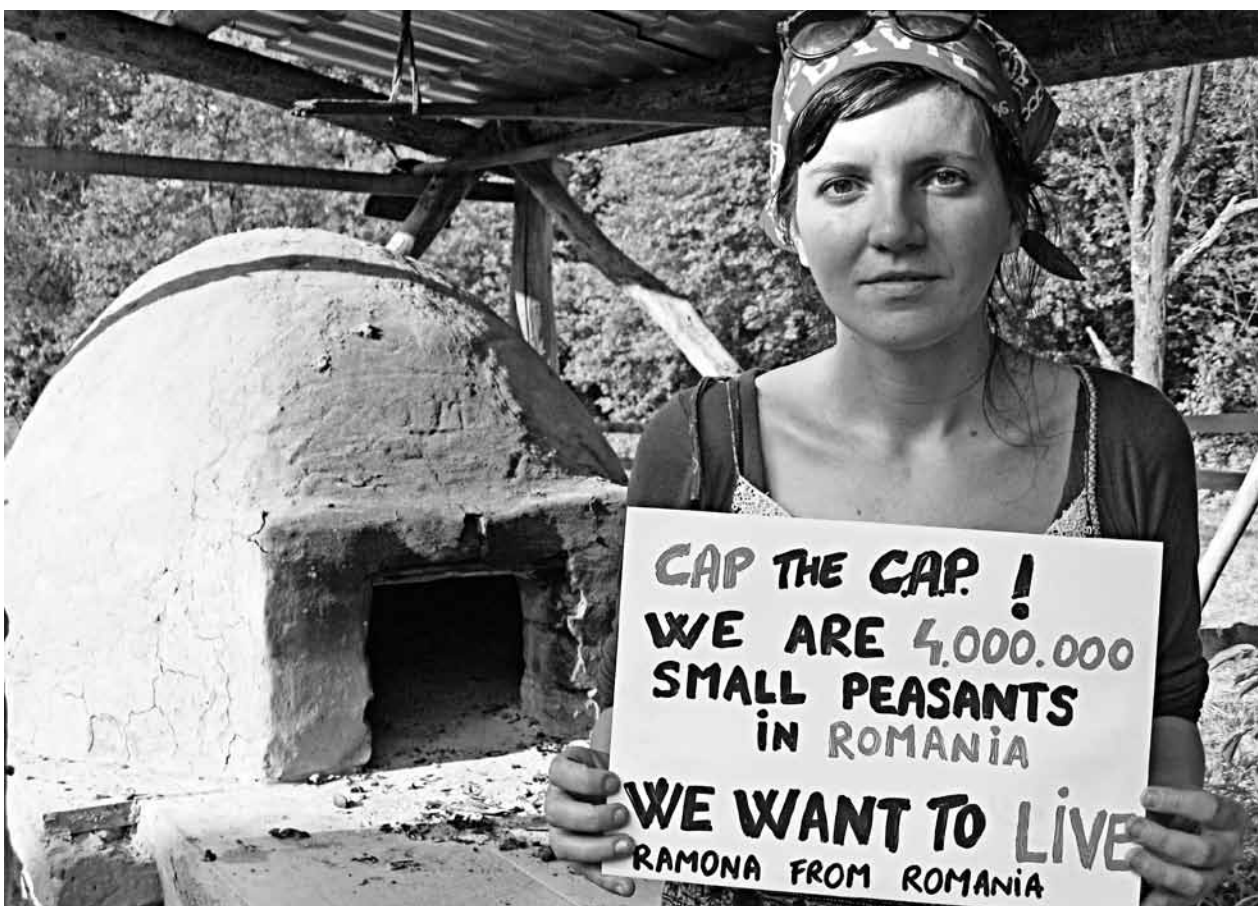
## Abschlusskundgebung in Brüssel

Nach dreiundzwanzig Tagen auf der Straße und zahlreichen Veranstaltungen werden die Good Food March-Aktivisten am Morgen des 19. Septembers auf dem Place de Luxembourg vor dem Europäischen Parlament zusammenkommen. Hier gibt es ein großes internationales Bauernfrühstück, zu dem zahlreiche TeilnehmerInnen aus ganz Europa erwartet werden. Am Nachmittag findet außerdem eine Konferenz auf Einladung von Martin Schulz, dem EP-Präsidenten, im Parlament statt. Hier sind neben den Organisationen Slow Food und ARC auch Aktivisten des Good Food March zum Dialog mit dem EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos geladen

Die Zeit ist reif für eine Wende in der Agrarpolitik, seid beim Good Food March 2012 mit dabei!

*Regine Hollob, jAbL*

Kontakt und Informationen:  
Kampagne „Meine Landwirtschaft“,  
Tel: 030 2848243 -7 oder -8  
[www.meine-landwirtschaft.de](http://www.meine-landwirtschaft.de)



Auch in Osteuropa wurde für den Good Food March mobilisiert.

Foto: meine landwirtschaft



**Betriebsspiegel:**

Biolandbetrieb im nordöstlichen Hohenlohe  
35 ha Acker, 0,9 ha Wiese  
250 Masthähnchen, 250 Puten  
Fruchtfolge in normalen Jahren:  
2 Jahre Kleegras, Roggen, Weizen,  
Erbsen, Dinkel, Sonnenblumen mit  
Kleegrasuntersaat

Wer träumt nicht davon? Die Sonne brennt auf der Haut, strahlend blauer Himmel, das Thermometer fast an 30 Grad, endloser Sandstrand mit sanftgrünen Palmen am Horizont, Wind und Wellen verbinden sich zu einem angenehmen Rauschen im Hintergrund, das Tuckern eines Fischerboots draußen auf dem Meer, ab und zu bläst eine kühlende Windböe den Geruch von Dieselabgasen herüber, der sich mit dem Geruch der Sonnenmilch vermischt. Eine Möwe segelt durch die Szenerie. Müdigkeit macht sich breit, die Gedanken zerfließen wie eine

Obwohl es heutzutage nichts Ungewöhnliches mehr ist, dass Landwirte in den Urlaub fahren, ist eine solche Urlaubsfahrt mit ungleich höherem Aufwand verbunden als bei Normalsterblichen. Denn irgendjemand muss den Betrieb weiterführen, solange sich die Herren des Hauses in südlichen Gefilden in der Sonne baden. Gut wenn man Nachwuchs hat, den man mit dieser Aufgabe betrauen kann. Denn wer wäre besser geeignet und kostengünstiger verfügbar als die eigenen Kinder. Und diesmal traf es mich. Man kann sich dieser Aufgabe kaum entziehen, denn nicht nur die Urlaubsreise der Eltern stünde durch eine Weigerung auf dem Spiel, sondern auch die Möglichkeit, endlich mal das ganze Haus für sich alleine zu haben. Damit man aber diesen wohl von allen Jugendlichen angestrebten Zustand erreichen kann, muss man sich eine ganze Menge aufbürden lassen.

Denn jedes spröde oder schadensanfällige Objekt des Betriebs scheint nur darauf zu warten, dass sich ein obligatorisch überforderter Juniorchef einmal alleine auf dem Hof befindet. Denn immer, wenn sich die Eltern außer Reichweite befinden, scheint für sie der Moment gekommen zu sein, an dem sie beschließen, nicht mehr zu funktionieren.

Und wenn, wie in diesem Jahr, der lang ersehnte Zeitpunkt für die Heuernte genau auf den bereits gebuchten Urlaub fällt, dann muss man eben selber mit sorgenvollem Blick Richtung Himmel auf dem Traktor sitzen.

Aber auch wenn wieder allen Erwartens keine außergewöhnlichen Probleme auf-

Kugel Eis in der Strandbar. Doch der nächste Stein unter dem Hinterrad holt mich recht unsanft wieder zurück in die Wirklichkeit: Der große Sandstrand ist der Acker, ausgetrocknet nach vielen Wochen unzureichender Niederschläge. Die Sonne brennt tatsächlich vom Himmel herab und ich bin dankbar für meinen offenen Schlepper, der den Wind ungehindert an mich heran lässt. Dank dem nicht vorhandenen Dach hole ich mir trotz Sonnenmilch den ersten Sonnenbrand in diesem Jahr. Das Geräusch vom Fischerboot ist das Tuckern meines alten Fendt, Wind und Wellen stammen vom Gebläse der pneumatischen Sämaschine, mit der ich meinen Mais säe. Die Palmen sind natürlich nur der Waldrand am westlichen Vorgewende. Einzig die Möwe ist etwas Besonderes. Schließlich ist das Meer ganz weit weg, allein bis nach Hamburg sind es über 600 km. Aber ab und zu verirrt sich mal eine Möwe vom Main, der nur 50 km

entfernt ist, in unseren Luftraum. Und natürlich die Sonne. In diesem Frühjahr sind wir von der Sonne verwöhnt, aber vom Regen gemieden worden. Genau wie im letzten Jahr. Allerdings mit dem Unterschied, dass im letzten Jahr nicht das ganze Wintergetreide erfroren ist. Manch ein Kollege hat 100 Prozent des Wintergetreides nachsäen müssen. Und als Alle dachten, jetzt ist es vorbei, kam noch der Raps hinterher, der, geschwächt von Kälte und Trockenheit, von innen her aufgefressen wird. Einige Äcker werden dieser Tage zum dritten Mal eingesät. Auch ich habe Einiges neu gesät. Meine Erbsen musste ich umbrechen. Die waren zwar schön am Auflaufen, aber die Disteln hatten einfach die Nase vorn und waren dabei, einen flächendeckenden Teppich zu bilden. Das hätte zur Distelblüte zwar wunderhübsch ausgesehen, aber Erbsen hätte ich keine dreschen können. Außerdem hätten sie in der Gemeinde gelästert,

## Kleine Träumerei



## Im Urlaub

treten, ist die Vertretung der Eltern kein Zuckerschlecken für die Kinder. Denn während für Gleichaltrige mit der Abreise der Eltern ein Zustand der nahezu vollkommenen Verantwortungslosigkeit beginnt, bleibt der Juniorlandwirt durch seine Verpflichtungen immer auch an der kurzen Leine. Denn wenn man jeden Abend bei Anbruch der Dunkelheit den Stall schließen muss, damit die Hühner nicht dem Fuchs zum Opfer fallen und man selbigen natürlich morgens auch wieder öffnen muss, scheint es wenig attraktiv, sich die Nächte um die Ohren zu schlagen, nur um morgens dann den Leichtsinns des vorrangegangenen Abends zu verfluchen.

Zwar trägt man, durch die Mithilfe zahlreicher motivierter Mitarbeiter sowie einer aktiven Seniorbäuerin nur einen Bruchteil der Last der Eltern. Doch aus subjektiver Sicht des Nachwuchses, der

vor allem auf die Vorteile der elternlosen Zeit bedacht ist, schränken einen diese Verpflichtungen enorm ein. Und so muss man eben auch, während die eigenen Freunde in den Ferien die Muße haben, lange zu schlafen, um sieben Uhr auf dem Mittwochsmarkt bereitstehen um die hauseigenen Produkte feilzubieten.

Aber natürlich besteht die Abwesenheit der Eltern für ihre Vertretung nicht nur aus Mühsal. Zusätzlich zu den üblichen Möglichkeiten einer sturmfreien Bude eröffnen sich für diejenigen, die einen Hof zu hüten haben, auch noch zusätzliche Vorteile. So kann man ob der weit entfernten Nachbarn sowie eines naturgemäß weiträumigen Geländes jederzeit zahlreiche Abendgäste empfangen, ohne jedoch das Wohnhaus wie sonst üblich in Mitleidenschaft zu ziehen.

Und wenn die Eltern dann nach zwei

Wochen zurückkehren, freut man sich doch sehr, wieder Kind zu sein, denn mit der Zeit entpuppt sich das Führen eines Betriebs als äußerst anstrengend und zeitaufwendig. Nicht gerade die Art von Tätigkeit also, die man sich für die freie Zeit nach abgeschlossener Schule vorstellt. Und auch die Eltern dürften froh sein, wieder Zuhause zu sein. Denn unkalkulierbare Risiken, wie ein Sohn, der am Markttag verschläft, lassen sich eben nie gänzlich ausschließen.

Martin Müller

Valentin Endraß

**Betriebsspiegel:**

9,8 ha  
3.000 Legehühner  
Eigene Aufzucht, 2 ha Weinachtsbäume, 12 Schafe

# Mal wieder frisch verliebt

Von Schweinen und heiligen Scheinen

## Billige Schweine

Die Erwartungen waren steigende Schweinepreise zum Frühsommer, der Beginn der Grillsaison kombiniert mit der Fussballeuropameisterschaft sollte für gute Stimmung sorgen. Das Gegenteil ist zumindest derzeit in Deutschland der Fall. Während in Dänemark, Spanien oder Italien tatsächlich die Notierungen anzogen, ging in Deutschland der Preis runter. Die Schlachtunternehmen drosselten die Produktion trotz anhaltender Nachfrage und machten sogenannte Hauspreise unterhalb der einem realen Bild von Angebot und Nachfrage entsprechenden Notierung. Angesichts der extremen Markt- und Machtkonzentration, fünf Konzerne halten 75 % des Marktes, drängt sich die Frage nach Machtmissbrauch auf. cs

Ein namhafter Raumausstatter der intensiven Schweineproduktion teilt in seinem aktuellen Werbeblatt den Kunden mit, dass sich „Tierwohl-Label zum Megatrend in der Schweinebranche“ entwickeln. Das haben „hochprofessionelle Think-Tanks herausgefunden, die den unterschiedlichen Branchen bei der Erschließung nachhaltiger Zukunftsmärkte ihre Unterstützung verkaufen“. Der Stalleinrichter schließt daraus, dass die Schlacht- und Lebensmittelindustrie zukünftig ohne Wenn und Aber „Tierwohlfleisch“ von den Landwirten fordern wird. Dabei wird herausgestellt, „dass die Diskussion, ob mehr Spielzeug, mehr Stallplatz ökonomisch vertretbar sind, reine Rückzugsdebatten der Schweinehalter sind“.

## Kein Vertrauensschutz

Und es gibt immer mehr Beispiele von wirtschaftlichem Engagement in gesellschaftlich gerade angesagten Themenbereichen: In ihrer Werbung in Tageszeitungen und in Werbeprospekten wird den Kunden mitgeteilt, dass EDEKA und WWF Partner für Nachhaltigkeit geworden sind. EDEKA-Produkte, die besonders strenge ökologische Anforderungen erfüllen und zertifiziert sind, werden zusätzlich das Panda-Logo des WWF tragen. Denn „auf Dauer kann nur wirtschaftlich erfolgreich sein, wer auch für Umwelt und Gesellschaft Verantwortung übernimmt“. Nachdem Tierschutzbund, Pro Vieh und WWF, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung, Allianzen mit Schlacht- oder Einzelhandelsunternehmen eingegangen sind, bliebe für ALDI oder LIDL nur noch

die Umweltschutzorganisation der UNO zur Verleihung von Zertifikat und heiligem Schein. Vieles von dem sind Vermarktungsstrategien. Manches mag Augenwischerei sein. Fest steht jedoch, dass hinsichtlich der Haltungsbedingungen erhebliche Anforderungen auf die intensive Tierproduktion zukommen werden. Auch wenn es verkürzt klingt, kann es sein, dass der Schweineerzeuger, der heute investiert, den Stall falsch baut. Nach Medienberichten verzögern dänische Banken ihre zurzeit eingeschränkten Kreditvergaben zusätzlich, weil möglicherweise Stalleinrichtungen schneller überholt sind, als sie sich amortisieren können. Während es bei gesetzlichen Vorgaben in der Regel einen Vertrauensschutz, das heißt langfristige Übergangszeiten gibt, und sie für alle Betriebe zu gleichen Standards führen, wird der Markt keine oder nur kurze Übergangsfristen einräumen.

## Wachstum ohne Grenzen

Dabei muss nicht jeder Schweineerzeuger mitmachen. Es werden sich jedoch Zwänge ergeben – über den Preis oder durch Absatzwege in arbeitsteiligen Produktionsweisen – die wenig Entscheidungsspielraum zulassen. In agrarischen Kreisen haben zwar derzeit Referenten aus Wissenschaft und Politik Konjunktur, die auf eine notwendige weitere Intensivierung der Produktion zur Sättigung einer weltweiten Nachfrage und – in einer verkehrten Logik – auf einen damit verbundenen Ressourcenschutz hinweisen. Dass sind jedoch nur ebensolche Rückzugsgefechte, wie die um Spielball und Rasselkette in der Schweine-

bucht. Mit höheren Anforderungen an Stallbau und Raumausstattung in der Produktion kann mehr Artgerechtigkeit für Tiere erreicht werden. Allein damit lässt sich jedoch keine Artgerechtigkeit für Bauern erzielen. Da sich an der Preis-Kosten-Relation auch bei besseren Haltungsbedingungen nur wenig ändern wird, werden immer weniger Bauern bereit sein, das notwendige Kapital für Investitionen aufzubringen. Nur das betriebliche Wachstum erfährt keine Begrenzungen. Manche Maßnahmen können sogar kontraproduktiv sein. Beim Kastrationsverbot von Ebern zeichnet sich bereits ab, dass es einen gespaltenen Ferkelmarkt geben wird. Zukünftig wollen viele Mäster nur weibliche Ferkel oder nur Eber einstellen, um durch eine nährstoffmaximierte Fütterung das Letzte aus den Tieren herauszuholen. Um gleichgroße Ferkelpartien liefern zu können wie bisher, müsste ein Ferkelerzeuger seine Sauenzahl verdoppeln. Zudem bedeutet es einen weiteren Wettbewerbsvorteil für große Schlachtunternehmen, weil sie bessere Vermarktungsmöglichkeiten für geruchsauffällige Eber haben.

## Welche Nachhaltigkeit?

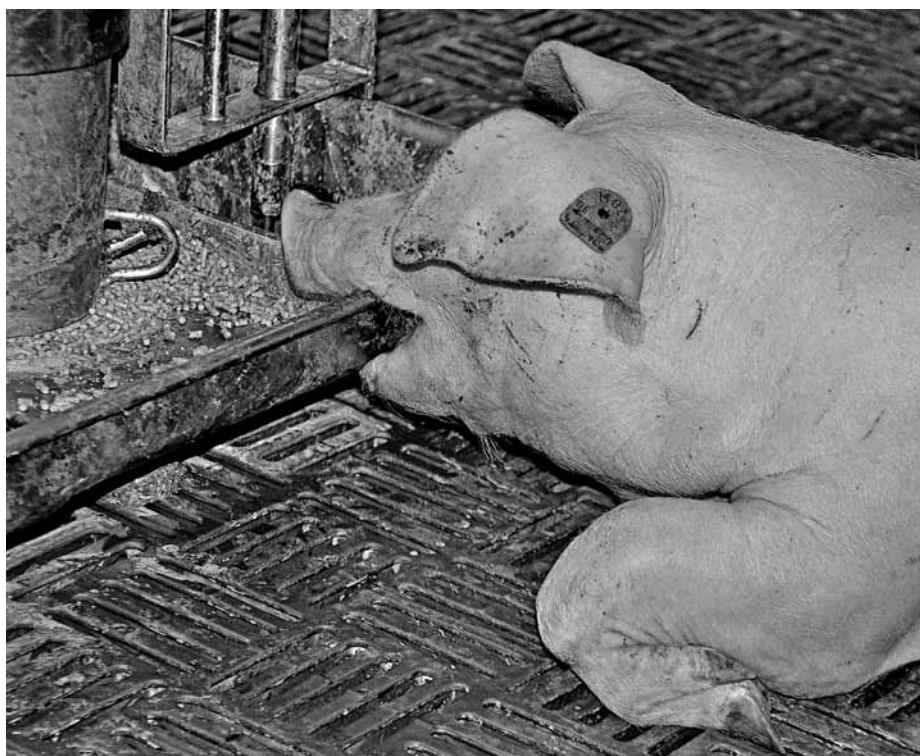
EDEKA ist mit dem Pandabären eine „strategische Partnerschaft für Nachhaltigkeit“ eingegangen. Nachhaltigkeit wird hier zu einem permanenten Verbesserungs- und Anpassungsprozess der Herstellungsweisen. Das Unternehmen wirbt: „Wir sind mal wieder frisch verliebt.“

Bei aller Liebe – auch wenn die Tierproduktion nachhaltiger und artgerechter werden muss – braucht sie einen dauerhaften Konsens aller Beteiligten und keine kurzfristigen, in der Schlachtindustrie unterschiedliche und je nach Label wechselnde Richtlinien. Nachhaltigkeit kann so konterkariert werden. Beständigkeit und Nachhaltigkeit sind Wesensmerkmale der bäuerlichen Landwirtschaft. Zur Bestätigung dessen zitieren Bauern oft und gerne, besonders, wenn es um eine Hofübergabe geht: „Was du ererbst von deinen Vätern hast, Erwirb es, um es zu besitzen.“

Wenn Nachhaltigkeit nicht als genealogischer Auftrag in einer Generationenfolge, sondern als Ziel in einem andauernden Anforderungs- und Änderungsprozess verstanden wird, muss Goethes „Faust“ künftig genauer zitiert werden. Diese durchaus auf die Landwirtschaft bezogene Textstelle endet nämlich mit einer betriebs- und marktwirtschaftlichen Erkenntnis: „Was du nicht nützt ist eine große Last; Nur was der Augenblick erschafft, das kann er nützen.“

Günther Völker,

Schweinebauer aus Ostwestfalen-Lippe



Ohne Spielball und Rasselkette

Foto: Handke/Pixelio

Es spitzt sich zu. Brüssel arbeitet immer weiter auf die endgültige Verabschiedung der Reform der gemeinsamen Agrarpolitik in der Europäischen Union hin. Nun waren die Berichterstatter des Europäischen Parlaments dran, ihre Sicht der Dinge vorzulegen. Immer deutlicher wird: Es kann keinen Weg mehr vorbei an einer Reform geben, die soziale und ökologische Belange bei der Vergabe des Geldes aus Brüssel mit einbezieht. Das fordert die Gesellschaft in Europa. Inwieweit es eine wirksame Steuerung der Direktzahlungen nach solchen Kriterien geben wird oder nicht, das hängt aber sehr davon ab, wie stark die alten Besitzstandswahrer aus Bauernverband und Industrie noch Einfluss nehmen können. Der Gipfel in Rio war wieder mal ein Negativ-Lehrstück, ebenso wie die Stimmungsmache gegen den heimischen Leguminosenanbau. Umso mehr hängt Erfolg oder Misserfolg der Reform eben auch davon ab, wie stark sich ein Bündnis für eine bäuerliche Landwirtschaft dagegen stellen kann.



## Rio+20 hält nicht, was versprochen wurde

Die UN-Nachhaltigkeitskonferenz veräurmt es, nachhaltige Impulse zu setzen. Ambitionierte Umweltschutzziele gibt es gar nicht

Der Staatengemeinschaft gelang es nicht, sich während der UN-Nachhaltigkeitskonferenz vom 20. bis zum 22. Juni in Rio de Janeiro auf einen ambitionierten Text zu einigen. Insbesondere auf der letzten Vorbereitungskonferenz direkt vor dem offiziellen Gipfel wurde deutlich, wie zerstritten die Staatengemeinschaft zur Zeit in Fragen der Nachhaltigkeit ist. Lange Zeit schien eine Einigung auf einen gemeinsamen Text in immer weitere Ferne zu rücken. Bis dann Brasilien kurz vor Beginn der offiziellen Konferenz einen neuen Text vorlegte, der auf schon beschlossenen älteren UN-Dokumenten und den bisherigen Kompromissen beruhte. Aus dem brasilianischen Text waren alle strittigen Punkte gestrichen worden. Somit war der Weg hin zu einem ambitionslosen Abschlussdokument vorgezeichnet, das den Ansprüchen unserer Zeit auch nicht ansatzweise gerecht wird. Viel mehr beschreibt es die institutionelle Krise, in der die Welt sich befindet. Einzige konkrete Ergebnisse der Konferenz sind eine vorsichtige Aufwertung des UN-Umweltprogramms UNEP und ein Prozess, der zu Sustainable Development Goals führen soll, die dann an die Millennium-Ziele anschließen sollen. Aus Sicht der Zivilgesellschaft konnte immerhin die weitere Verprivatisierung der Naturressourcen, wie sie

in den Entwürfen zur Abschlusserklärung im Bereich Green Economy formuliert war, verhindert werden.

### Landwirtschaft

Was bedeutet Rio+20 aus landwirtschaftlichem Blick? Ein wichtiger Punkt ist sicherlich, dass das UN/FAO Committee on World Food Security (CFS) weiter gestärkt worden ist und eine stärkere Rolle bekommen hat, zu definieren, was überhaupt nachhaltige Landwirtschaft ist. Hier werden die nächsten Auseinandersetzungen stattfinden müssen, damit nachhaltige Landwirtschaft endlich klar im Sinne von Agrarökologie und ökologischem Landbau definiert wird und nicht weiter die großen Konzerne diesen Begriff missbrauchen können. Hier gilt es, konsequent die vielen Partizipationsmöglichkeiten, die der Zivilgesellschaft bei CFS gegeben sind, progressiv zu nutzen und die Debatte offensiv zu führen. Viel Neues oder Zukunftsweisendes bietet das Dokument auf den ersten Blick ansonsten nicht. Wichtig aus europäischer Sicht ist aber, dass die europäische Subventionspolitik im Bereich Landwirtschaft und die Exportorientierung der EU-Agrarpolitik immer wieder große Vorbehalte bei vielen Entwicklungsländern auslösen. Würde die Diskussion zur EU-Agrarreform von der Kommission und den Mitgliedsstaaten internationaler und mehr

in Richtung Agrarökologie geführt, so würde die EU mehr Glaubwürdigkeit für zukünftige Verhandlungen erreichen. Von großer Bedeutung im gesamten Prozess der Rio+20 Konferenz war der Gegengipfel, der Peoples Summit. Hier wurden die Alternativen der Zivilgesellschaft formuliert und die Vernetzungsdiskussionen für die Zukunft geführt. Ein zentrales Thema war dabei, wie die Ernährung mit kleinbäuerlicher, agrarökologischer Produktion gesichert werden kann. Denn eins ist sicher: Voran kommen wir in der Welt nur, wenn die Kleinen den Kleinen helfen. Von den Großen sind wir schon zu oft verlassen worden.

### Alternativgipfel mit vielen Impulsen

Gerade in Brasilien gibt es einige ermutigende Beispiele, wie zukunftsweisende Politiken aussehen könnten. So ist der kleinbäuerlichen, agrarökologischen Produktion über staatliche (institutionelle) Märkte ein neuer großer Absatzmarkt geschaffen worden. Für Schulspeisungen müssen zum Beispiel mindestens 30 Prozent des Essens aus regionaler kleinbäuerlicher Produktion stammen. In manchen Landkreisen sind es sogar 100 Prozent. Ähnlich ist es beim Null Hungerprogramm, wo auch das Essen bevorzugt von Kleinbauern bezogen wird. Dies hat neue Märkte geschaffen und gibt vielen Pro-

duzenten die Möglichkeit, sich aus der Klammer der Cash Crops zurück zu ziehen und wieder vielseitig für den lokalen Markt zu produzieren.

### Null Hunger Programm

Die Lösungen liegen auf dem Tisch, die Zivilgesellschaft hat auf dem Peoples Summit viele aufgezeigt. Besonders Brasilien zeigt, wie man mit kleinbäuerlicher, ökologischer Produktion die Bevölkerung ernähren kann, gerade wenn dies durch eine geschickte Regierungspolitik unterstützt wird. Bei all den unendlichen Problemen, die Brasilien mit den großen Agrarkonzernen und der rücksichtslosen Exportwirtschaft hat, muss man doch anerkennen, dass das, was im Bereich Null Hunger Programm und institutionelle Märkte über Schulesen und öffentliche Verpflegung für die Kleinbauern und die ökologische Produktion geleistet wird, wegweisend ist. Aber es wird an der Zivilgesellschaft liegen, nicht nur die Lösungen aufzuzeigen, sondern sie auch durchzusetzen. In diesem Sinne gilt es, unsere Alternativen, unseren Druck der Straße über Meine-Landwirtschaft und mit dem Good Food March nach Brüssel zu tragen.

*Stig Tanzman, (direkt aus Rio)  
Agrarexperte beim Evangelischen  
Entwicklungsdienst (EED)*

# GAP-Reform im EU-Parlament angekommen

Berichtsentwurf hält am Greening-Ansatz fest, fordert aber Änderungen

Im Juni haben die Berichterstatter im Europäischen Parlament ihre Berichtsentwürfe vorgelegt. Darin formulieren sie ihre Änderungsvorschläge zu den Reform-Vorschlägen der EU-Kommission, die seit Oktober letzten Jahres schon auf dem Tisch liegen.

In seinem Entwurf für die Direktzahlungen schlägt der portugiesische Sozialist Capoulas Santos zwar zum Teil deutliche Änderungen beim Greening und der Staffelung vor, aber den Grundansatz der Kommission bestätigt er weitgehend: EU-weit werden drei Greening-Anforderungen definiert, die von (fast) allen Betrieben in der gesamten EU eingehalten werden müssen, wenn sie nicht direkt auf 30 Prozent der Direktzahlungen verzichten wollen.

Die von EVP-Abgeordneten (CDU/CSU u.a.) und vielen Mitgliedstaaten geforderte „Menüliste“, wo sich jeder Mitgliedsstaat und jeder Betrieb aussucht, was er für richtig und angemessen hält, findet sich im Berichtsentwurf bisher nicht.

## Unterschiede: klein, aber fein

Der Berichterstatter will aber – anders als die Kommission – die Bindung an die Greening-Anforderungen allein auf die 30 Prozent Direktzahlungen beschränken. Die Kommission will zwar bei Nichteinhaltung im ersten Schritt auch nur diese 30 Prozent einbehalten, aber im Wiederholungsfall auch mehr kürzen (über den Cross Compliance-Mechanismus).

Zudem will der Berichterstatter einige Betriebe von Anforderungen ausnehmen. Die Fruchtfolgeregel soll erst ab 5 (statt 3) ha Ackerland gelten und bei Betrieben mit 5 bis 20 ha Ackerland nur zwei verschiedene Ackerfrüchte erfordern, wobei eine dann 90 Prozent (statt 70 Prozent) der Ackerflächen des Betriebs ausmachen darf. Betriebe mit mehr als 20 ha Acker sollen dann – wie beim Kommissionsvorschlag – drei Früchte anbauen. Freigestellt werden vom Fruchtfolgestandard sollen aber dann wieder alle größeren Grünland-Betriebe und zwar, wenn sie mindestens 50 ha Acker haben und zudem ihre Prämienfläche insgesamt aus mindestens 80 Prozent Grünland besteht. Beim Dauergrünland-Erhalt will der

Abgeordnete kaum etwas ändern, außer dass er auch traditionelles Weideland (auch Heiden etc.) nun zum Dauergrünland zählen will.

Die ökologischen Vorrangflächen (7 Prozent der Ackerfläche) fordert der Berichterstatter erst, wenn Betriebe mehr als 20 ha Prämienfläche haben. Außerdem rechnet er Dauerkulturen aus der Ackerfläche raus. Anerkennen als ökologische Vorrangfläche will er „stickstoffbindende Pflanzen“, womit Leguminosen gemeint sein werden.

## Genossenschaften ausgenommen

Die Staffelung der Basisprämien (also nicht der 30 Prozent, die an das Greening gebunden werden sollen) stehen auch im Berichtsentwurf. Allerdings will der Sozialist Genossenschaften und Kooperationen faktisch ausnehmen, wenn sie die Direktzahlungen vollständig an ihre Mitglieder auszahlen. Dann sollen die Staffeln (ab 150.000 Euro Basisprämie) für jedes Mitglied der Genossenschaft gelten und damit nicht mehr greifen.

Auch zu den anderen Verordnungsentwürfen der Kommission wie zur Marktordnung und zweiten Säule gibt es Berichtsentwürfe. Bis zum 12. bzw. 13. Juli gilt nun die Frist für Änderungsanträge anderer Abgeordneter. Dann wird nach der Sommerpause zuerst im Agrarausschuss beraten und dann Ende Oktober oder Anfang November eine Einigung erzielt. Danach geht die Sache ins gesamte Plenum, wo dann wieder Änderungen vorgenommen werden können. *uj*

Instrument / Maßnahme	EU-Kommission Legislativ-Vorschlag 12.10.2011	EU-Kommission: „Non-Paper“ 11.05.2012	EU-Parlament Berichtsentwürfe 18.06.2012
<b>Greening Mittelbindung</b>	30 % der Direktzahlungen werden direkt an die Einhaltung gebunden. <b>Bei Verstoß auch ab dem 2. Jahr wird mehr gekürzt (Cross Compliance)</b>		30 % der Direktzahlungen werden direkt an die Einhaltung gebunden. <b>Keine weiteren Abzüge bei Verstößen in Folgejahren</b>
<b>Fruchtfolge-Anforderung</b>	ab 3 ha Acker/Betrieb: Mind. 3 Früchte, je mind. 5 % und max. 70 % der Ackerfläche	Freistellung für Betriebe mit max. 10 ha Acker bzw. mit bis zu 50 ha LF und hohem Grünland-Anteil.	Betriebe mit 5-20 ha Acker: mind. 2 Früchte, max. 90 %. Betriebe ab 20 ha Acker: mind. 3 Früchte, je mind. 5 % und max. 70 %. <b>Freistellung für Betriebe mit über (!) 50 ha Acker und gleichzeitig über 80 % Grünland.</b>
<b>Dauergrünland-Erhalt</b>	Erhalt Dauergrünland des Jahres 2014, bis auf 5 %	Als Dauergrünland gelten auch Heiden etc.	Erhaltungsgebot auch für <b>traditionelle Weideflächen</b>
<b>Ökologische Vorrangflächen</b>	7 % der Ackerflächen (auch Dauerkulturen) im Umweltinteresse nutzen		Freigestellt sind Betriebe unter 20 ha LF und Dauerkulturen. Anerkannt wird der Anbau „stickstoffbindender Pflanzen“
<b>Greening erfüllen per Definition:</b>	Flächen, die nach EU-Bio-Verordnung bewirtschaftet werden	Auch Agrarumweltmaßnahmen und Zertifizierungen im Gesamtbetrieb, die über die Greening-Anforderungen jeweils bzw. insgesamt hinausgehen	Wie Kommission vom 11.05.2012
<b>Staffelung / Obergrenze / Arbeit</b>	Basisprämie zwischen 150.000 und 200.000 EUR: - 10 % Abzug 200.000-250.000: - 40 % 250.000-300.000: - 70 % <b>über 300.000 EUR: - 100 %</b> Anrechenbarkeit 100 % Lohnkosten		Wie Kommission, aber: zwischen 250.000-300.000: - 80 %, und 100 %-Abzug erst ab 365.000 EUR. Bei <b>Genossenschaften</b> u. Kooperationen zählt Beihilfe je Mitglied, wenn Beihilfe voll an die Mitglieder ausgezahlt wird.

## Herausforderung Fruchtfolge

Monokulturen weit verbreitet. Mehr Vielfalt tut Not

Der Anbau vor allem von Mais, aber auch von Weizen in Monokultur ist in Deutschland weiter verbreitet, als bisher angenommen. Das ergeben Erhebungen aus mehreren Bundesländern. Regional müssen bis zu 90 Prozent der Betriebe mehr Vielfalt in ihren Ackerbau bringen, wenn sie die geplante Fruchtfolge-Anforderung im Greening einhalten wollen. Bekanntlich sieht die EU-Kommission in ihren Vorschlägen zum „Greening“ als eine von drei Anforderungen vor, dass

die Betriebe eine Mindest-Fruchtfolge einhalten sollen: Auf den Ackerflächen werden mindestens drei verschiedene Früchte angebaut, wovon keine Frucht über 70 Prozent der Fläche einnimmt und die anderen zwei nicht unter 5 Prozent Anteil liegen. Betriebe mit weniger als 3 ha Acker bleiben unberücksichtigt. Für Schleswig-Holstein gibt das Ministerium an, dass von 10.800 Betrieben mit Ackerbau im letzten Antragsjahr fast 30 Prozent der Betriebe eine Hauptfrucht auf über 70 Prozent ihrer

Ackerfläche angebaut haben (23 Prozent der Betriebe mit Mais, gut 6 Prozent mit Weizen auf über 70 Prozent der Ackerfläche). In Niedersachsen halten laut Landvolkverband ca. 42 Prozent der Betriebe mit Ackerbau heute die neue Anforderung nicht ein. Noch dramatischer sieht es in Nordrhein-Westfalen aus. Dort reißen nach Erhebungen der Landwirtschaftskammer NRW rund 78 Prozent der Betriebe mit mehr als 3 ha Ackerbau die neue Anforderung. Im Rhein-Kreis

Neuss sind es sogar gut 90 Prozent, dort vor allem mit Weizen. Im Münsterland-Kreis Borken mit der größten Viehdichte und den meisten Biogasanlagen in NRW ist dagegen Mais vorherrschend. Hier baut von allen Betrieben mit Maisanbau jeder vierte (27 Prozent) soviel Mais an, dass der Mais auf über 70 Prozent seiner Ackerfläche wächst; jeder zweite Maisbetrieb (56 Prozent) baut hier Mais auf über 50 Prozent seiner Ackerflächen an (Antragsjahr 2011). *uj*

## „Der AbL-Ansatz zur Reform hat Bestand“

Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf zum aktuellen Stand der Beratungen um die Reform der EU-Agrarpolitik

**Unabhängige Bauernstimme: Ein Dreivierteljahr nach den Vorschlägen der EU-Kommission zur Reform der EU-Agrarpolitik liegen nun im EU-Parlament die Entwürfe der Berichtstatter dazu vor. Parallel suchen die Agrarminister im EU-Rat weiter gemeinsame Linien. Wo steht die Reform?**

Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf: Bisher läuft es so schlecht nicht. Unseren AbL-Vorschlag vom Februar 2011 für eine einfache und wirksame Reform der Direktzahlungen hat der Agrarkommissar Dacian Ciolos vom Grundsatz aufgenommen, und er hält den vielen Diskussionen bis heute stand. Wir haben damals vorgeschlagen, 30 Prozent der gesamten Direktzahlungen eines Betriebes sofort einzubehalten, wenn der Betrieb eine von vier ökologischen Standards missachtet: Erstens eine dreigliedrige Fruchtfolge, bei der keine Frucht 50 Prozent überschreitet; zweitens mindestens 20 Prozent Leguminosen in der Ackerfruchtfolge; drittens Erhalt des Dauergründlands und viertens Nachweis ökologischer Vorrangflächen im Betrieb. Zudem haben wir eine Staffelung der 70 Prozent Basisprämien vorgeschlagen mit einer Obergrenze von 150.000 Euro je Betrieb und mit der Anrechenbarkeit von maximal 50 Prozent der betrieblichen Lohnkosten.

**Aber eins zu eins hatte schon Ciolos das nicht aufgenommen.**

Bei den ökologischen Standards haben wir den klaren Schwerpunkt auf eine zukunftsweisende Fruchtfolge gelegt, während die Kommission sich mit einer unzureichenden Beschreibung der ökologischen Vorrangflächen zur Zielscheibe einer Stilllegungskampagne gemacht hat. Bei der Staffelung fängt die Kommission erst bei 150.000 Euro Basisprämie an und will auch noch 100 Prozent der Lohnkosten anrechnen. Die Auseinandersetzungen aber drehen sich im Kern um die Frage, ob die jährlich 40 Milliarden Euro Direktzahlungen EU-weit an einige wenige, aber wirksame ökologische und soziale Standards gebunden werden. Die Agrarindustrie, der Bauernverband und Ministerin Aigner haben alles versucht, um das schon im Ansatz zu verhindern. Das ist ihnen bislang nicht gelungen. Wir haben für unsere Vorschläge eine große gesellschaftliche Rückendeckung.

**Der Berichtstatter im EU-Parlament will 30 Prozent der Direktzahlungen an höhere Standards binden und damit 70 Prozent auch bei Verstößen voll auszahlen. Auch Ministerin Aigner fordert das. Die Abzüge müssen so hoch angesetzt**

werden, dass es ein ökonomisches Interesse für die Betriebe gibt, die geforderten Standards im Gesamtbetrieb einzuhalten. Es werden also nicht nur 30 Prozent, sondern 100 Prozent der Fläche für ökologische Maßnahmen in Anspruch genommen. Wer mit einem Hektar die Fruchtfolge-Anforderung reißt, verliert dadurch auf einen Schlag nicht nur für diesen einen Hektar, sondern für seinen gesamten Betrieb 30 Prozent der Direktzahlungen. Die Fruchtfolge bezieht sich immer auf den Gesamtbetrieb. Wer sich mehrere Jahre hintereinander gegen die Einhaltung entscheidet, verliert nach dem Vorschlag der Kommission dann noch weit mehr als 30 Prozent. Das Parlament darf hier nicht einknicken, sondern muss diesen Vorschlag unterstützen.



**Warum hat die Kommission die Forderung nicht aufgegriffen, in die Fruchtfolge-Vorgabe 20 Prozent Leguminosen aufzunehmen?**

Die Kommission fürchtet, dass das als Anknüpfung der Gelder an ein bestimmtes Erzeugnis und damit als Abkehr von dem Prinzip der Entkopplung gesehen werden könnte. Das ist aber eine Fehleinschätzung, denn es geht nicht um die Bindung an eine Frucht wie Bohnen oder Klee, sondern darum, das ganze System der Erzeugung ökologischer und klimaverträglicher zu gestalten. Leguminosen kann man nicht in Monokultur anbauen, das macht keinen Sinn. Der besondere Wert dieser Pflanzen besteht gerade darin, dass sie den Stickstoff aus der Luft holen und auch für die Folgekultur noch 60 bis 100 kg Reinstickstoff je Hektar im Boden bereitstellen. Sie sind ein ökologischer Glücksfall der Evolution. Auf 20 Prozent der Ackerfläche – also alle fünf Jahre auf jeder Fläche des Betriebes – Leguminosen anzubauen, das ist die wichtigste Maßnahme zur Ökologisierung der Landwirtschaft und der Beginn, wieder von der ölgesteuerten zur sonnengetriebenen Erzeugung zu kommen.

**Das Bundesministerium lehnt den Leguminosen-Anbau als feste Fruchtfolgean-**

**forderung ab, will ihm aber auf den 7 Prozent ökologischen Vorrangflächen zulassen.**

Frau Aigner versucht offenbar, ihr Gesicht zu wahren. Sie ist auf EU-Ebene mit ihrer Stilllegungskampagne gegen die Ökologisierung gescheitert. Die Kommission hat eine Lebensmittel-Erzeugung auf den ökologischen Vorrangflächen nie ausgeschlossen, sondern angemahnt, dass in der Art der Nutzung dieser Flächen ein klarer Umweltvorteil liegen muss. Beim Leguminosen-Anbau ist das der Fall, weshalb der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger sich dafür ausgesprochen hat, mindestens auf einem Teil der ökologischen Vorrangflächen Leguminosen-Anbau anzuerkennen. Allerdings reicht der Anbau auf sieben Prozent der Ackerfläche nicht. Sieben Prozent, das hieße Leguminosen alle 14 Jahre in der Fruchtfolge, das ist Augenwischerei, weil die Ökologisierungswirkung verpufft. Der Bundesrat ist da weiter, indem er fordert, dass erst ab einem Leguminosen-Anteil von 15 Prozent der betrieblichen Ackerfläche der Nachweis der ökologischen Vorrangfläche erfüllt ist.

**Bei der Staffelung und der Berücksichtigung der Arbeit bleibt die Bundesregierung bei ihrer strikten Ablehnung. Für sie verdient jeder Hektar gleich viel Zahlung, auch wenn ein Betrieb Tausende von Hektar hat.**

Auch die Kommission unterscheidet nicht zwischen dem ersten und dem tausendsten Hektar. Für jeden Hektar gilt weiterhin ein regional oder national einheitlicher Satz. Die Auszahlung der vollen Summe wird aber an Bedingungen geknüpft. Man kann 2.000 Hektar in der höchsten Rationalisierung im Ackerbau mit nur fünf



Arbeitskräften erledigen, man kann einen 2.000 ha großen Betrieb aber in bäuerlicher Wirtschaftsweise führen mit 50 Arbeitskräften. Beides gibt es in der Praxis. Beim ersten würden wir die Auszahlungssumme kürzen, beim zweiten nicht. Nicht die Hektarzahl ist entscheidend für die Auszahlung der Summe, sondern die

Wirtschaftsweise, die sinnvolle Arbeitsplätze schafft und damit zur Wirtschaftsentwicklung der ländlichen Räume beiträgt.

**Der Berichtstatter im EU-Parlament hält zwar im wesentlichen am Staffellungs-Vorschlag der Kommission fest, will aber Genossenschaften ausnehmen, wenn diese die Zahlungen ganz an ihre Mitglieder weiterreichen.**

Das ist so verrückt wie das Gerede des Bauernverbands, der die LPG-Nachfolgegenossenschaften als „Mehrfamilienbetriebe“ tituliert. Diese Betriebe mögen zwar Flächen von vielen Familien gepachtet haben, aber von denen arbeitet nur noch der kleinste Teil dort. Das sind in der Regel hoch rationalisierte Betriebe mit einem geringen Arbeitskräftebesatz...

**... die sich aber vermutlich teilen werden, um die Staffel- bzw. Obergrenzen zu umgehen.**

Sollen sie sich doch teilen, nichts dagegen, solange die Teilung nicht nur auf dem Papier steht. Das wäre mal ein Strukturwandel in die richtige Richtung. Großbetriebe leben viel mehr als die kleineren Betriebe von den Direktzahlungen. Offenbar sind sie nicht so wirtschaftlich wie die kleineren und mittleren Betriebe. Es spricht also auch von daher alles für unseren Reformansatz.

**Parallel zur Agrarreform läuft in Brüssel die Haushaltsplanung für die Jahre 2014 bis 2020. Die Bundesregierung will den Finanzplan für diese sieben Jahre gegenüber heute um insgesamt über 120 Milliarden Euro kürzen. Was heißt das für den Agrarhaushalt?**

Wir halten eine Kürzung des Agrarhaushalts für falsch. Die Aufgabe besteht darin, das Geld endlich vernünftig einzusetzen. Das gilt für die Direktzahlungen, aber auch etwa für die Investitionsförderung der zweiten Säule, wo es eine Bindung an ökologische, soziale und Tierschutzkriterien geben muss. Für bestimmte Bereiche der zweiten Säule brauchen wir sogar eine Stärkung, um die notwendige umwelt- und sozialverträgliche Wirtschaftsentwicklung der ländlichen Räume Europas voranzutreiben. Hier zu kürzen passt nicht zur aktuellen europäischen Konjunkturlage. Berlin setzt die Spardiskussion im Agrarbereich gezielt ein, um Druck auf die inhaltliche Ausrichtung der Reform zu nehmen. Davon sollten wir uns aber nicht bange machen lassen. Kommt eine konsequente Reform, ist das Geld gut angelegt.

**Vielen Dank für das Gespräch!** *uj*

# Leguminosen – Die Lobby bläst zum Generalangriff

... und das BMELV plant eine Eiweißpflanzenstrategie

Die Schonfrist für Bohne und Co. ist vorbei. Wurde anfangs noch hinter verschlossenen Türen von Toepfer International gegen Greening und Eiweißinitiative argumentiert (*Unabhängige Bauernstimme* 6/2012), ist nun der Ring frei fürs Leguminosen-Bashing in der Öffentlichkeit. Sei es der Verband der ölsaatenverarbeitenden Industrie in Deutschland (OVID) mit seiner Aussage, heimischer Leguminosenanbau „sei weder ökonomisch sinnvoll noch ökologisch nachhaltig“, oder die Union zur Förderung von Öl- & Proteinpflanzen (UFOP), die durch ihre Forderung für die Aussaat 2012 „Raps bis an die Schmerzgrenze der Fruchtfolge“ anzubauen, indirekt gegen die Leguminosen schießen. Wie sind denn nun die Argumente der „Big Player“? Grundgedanke ist der der arbeitsteiligen Welt, sprich: Jeder macht das, was er vermeintlich am besten kann. Die Europäer vornehmlich Getreide und Raps und die Amerikaner (Süd wie Nord) überwiegend Eiweiß, also Soja. Aber stimmt dieser merkwürdige Blick auf die Welt? Für Brasilien, das zweitgrößte Sojaanbauland nach den USA, werden Durchschnittserträge für Soja von 2,73 t/ha in der Statistik angegeben. Dies sind Erträge, die mit den zunehmenden Aktivitäten rund um die

Soja auch in Teilen Deutschlands geerntet werden. Vor allen Dingen sind dies aber Erträge, die trotz aller züchterischen wie pflanzenbaulichen Vernachlässigung der heimischen Körnerleguminosen von diesen bei weitem übertroffen werden. Aber letztlich geht es im Futtertrog um die Aminosäuren und das Aminosäuremuster. Soja weist hier Qualitäten auf, die Bohne und Co. nicht bieten können. Aber, die Ergänzung mit sogenannten freien Aminosäuren spielt schon heute in der konventionellen Tierernährung eine wichtige Rolle. Etwa 25 Prozent werden auf diesem Wege den Futterrationen zugeführt.

## Stickstoff – ja bitte!

Von den Gegnern heimischer Leguminosen wird außerdem angeführt, dass durch die in der GAP geplanten sieben Prozent ökologische Vorrangfläche Anbauflächen verloren gehen, die sonst mit Weizen und Raps bestellt werden. Diese Mengen fehlen dann für den Export und außerdem seien die Rohproteinerträge je Hektar höher mit Weizen und Raps, als wenn dort zum Beispiel Leguminosen angebaut würden. Aber legitim ist zu fragen, wie diese erst so kleinen Weizen- und Raps-Pflanzen auf einmal so groß werden, und vor allen

Dingen, wie sie es schaffen, dann in der Regel einen hohen Kornertrag zu bringen. Es gibt viele Experten, die vermuten, dass dies am Stickstoff liegen könnte. Was nun, wenn diese Ressource, die in der Regel energieintensiv mit Öl und Gas hergestellt werden muss, immer weniger, zu immer höheren Preisen zur Verfügung steht? Neben der Ausblendung aller positiven externen Effekte, die die Leguminosen für die Fruchtfolgen in Europa hätten, sind sie auch regional verfügbares Futter. Die letzte schlechte Soja-Ernte in großen Teilen Südamerikas schlägt sich schon in hohen Preisen nieder. Wie sähe es bei einer weiteren nicht zufriedenstellenden Ernte aus?

Ein weiterer Punkt, ist der der Verfügbarkeit. Der Bedarf an Eiweiß ist in den letzten Jahren speziell in Asien sehr stark gestiegen und wird allen Prognosen nach weiter steigen. Eine Stabilität in der Verfügbarkeit von Eiweiß könnte in Zukunft auch bedeuten, dass die Quellen regionaler Herkunft sind, sei es über Körnerleguminosen, Leguminosen aus dem Futterbau oder anderen Verarbeitungsprodukten wie den vermehrten Einsatz von zum Beispiel Rapsschrot. Die Ölmühen singen ja auch schon das hohe Lied der Eiweißpflanze Raps und ihres Koppelprodukts Rapsschrot. Aber nicht nur im letzten Jahr war der Rapsanbau, besonders die Ernte, für viele Bauern keine Freude. Und bezüglich der Ertragsstabilität liegt die vielgescholtene Körnerleguminose besser als der Winterraps, so Ergebnisse aus einem EU-Forschungsvorhaben von 2006.

## Eiweißpflanzenstrategie

Dass man um das Thema Leguminosen nicht mehr herum kommt, hat auch das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMELV) mitbekommen. Man versucht sich zwar noch um den Begriff zu drücken, aber am 14. Juni fand in Berlin immerhin eine Veranstaltung zur Eiweißpflanzenstrategie statt. Experten und Expertinnen erklärten anderen Experten und Expertinnen die Vorzüge der Leguminosen. Aber in dem Punkt, wo viele Menschen ganz genau hingucken, bei der Ökonomie, hat auch das vorgelegte Entwurfpapier die altbekannten Schwächen.

Positive Fruchtfolgeeffekte der Leguminosen, die vorher noch mit 150 €/ha erwähnt werden, finden später keinen Einzug in Deckungsbeitrags-Berechnungen, genauso wenig wie ein möglicher innerbetrieblicher Futterwert. Die Sojabohne schneidet zwar hier als

Leguminose gut ab, die Angaben kommen aber aus dem klimatisch vorzüglichen Bayern. Auch sind die Erträge der Soja mit 26,9 dt/ha erstaunlich hoch im Vergleich zur Ackerbohne (35,1 dt/ha) und Futtererbse (32,2 dt/ha). Und dass in Bayern im Schnitt 80 dt/ha Weizen geerntet werden, darf auch berechtigt angezweifelt werden. Man wird den Eindruck nicht los, dass hier mit den Erträgen je nach Interessenslage „gespielt“ wird. Es ist schon seit längerem ein offenes Geheimnis, dass die Körnerleguminosen in den offiziellen Statistiken schlechter abschneiden, als Bauern real dreschen. Bei der verzweifelten Suche nach WTO-konformen Lösungen für das Greening stellte das Bundesministerium die Möglichkeit „Pflanzen ohne Stickstoff-Düngung“ vor. Innerhalb der ökologischen Vorrangfläche sieht das Ministerium mitunter auch die Leguminosen als Möglichkeit an. Ansonsten steht die Entwicklung von drei Modellregionen, in denen unter Einbezug unterschiedlicher Akteure im Bereich Anbau, Verarbeitung und Verwertung gearbeitet werden soll, an. Die Regionen unterteilen sich in Nord (Lupine), Mitte (Ackerbohnen, Erbse) und Süd (Soja). Fernab davon dass die Leguminosen aus dem Futterbau gänzlich fehlen, ist diese Regionaleinteilung schon grob fahrlässig, haben doch zum Beispiel die Erbse und Ackerbohne eine weitaus größere Bedeutung im Süden als die Soja. Abschließend lassen wir Helmut Born, Generalsekretär des Bauernverbandes zu Wort kommen: „Die Bauern würden sich über eine weitere Frucht über 10 Prozent freuen und wieso sollten dies nicht die Leguminosen sein?“ Hört sich erst mal gut an. Nur lag der Funktionär dann doch ein wenig falsch mit seiner Schlussfolgerung, helfen könne da nur „Forschung, Forschung, Forschung“. Helfen würde dies, ausreichend wäre es aber nicht. Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Vorsitzender der AbL, gab ihm ein wenig Nachhilfe. „Um eine Ökologisierung der Landwirtschaft zu erreichen, bedarf es veränderter Rahmenbedingungen, und die müssen bei der nächsten Agrarreform nach 2013 greifen. Konsequentes Umsetzen der AbL-Forderung von 20 Prozent Leguminosen auf den Ackerflächen zum vollen Erhalt der Direktzahlungen wäre da sehr hilfreich, um nach dem Scheitern von Rio, wenigstens in Europa etwas Positives für Klima und Bodenfruchtbarkeit zu erreichen.“

Christoph Dahlmann,

AbL-Projekt vom Acker in den Futtertrog



Leguminosen liefern Eiweiß für die Tiere und Stickstoff für den Boden.

Foto: Dahlmann

# Ablasshandel in der Illegalität

Zweifelhaftes Angebot der Züchter von Lizenzgebühren für die Aussaat von Konsumgetreide

Als nach dem großen Frost in diesem Frühjahr die Getreideäcker gelb wurden, haben die weitsichtigen unter den Verantwortlichen beim Bundesverband deutscher Pflanzenzüchter (BDP) und seinem verlängerten Arm, der Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV), wahrscheinlich bereits jubiliert. Abgefrorenes Wintergetreide veranlasst Bauern und Bäuerinnen zur Nachsaat von Sommerungen – nicht immer mit Z- oder Nachbausaatgut, sondern – widerrechtlicher Weise – mit Konsum- oder Futtergetreide. Zum einen gibt es in Jahren mit großen Auswinterungsproblemen – und dies Jahr ist eins mit einem extremen Auswinterungsproblem (eine Mio. Hektar sind abgefroren) – generell Schwierigkeiten mit der Verfügbarkeit von Saatgut. In diesem Frühjahr war die Situation dramatisch. Natürlich kann man von Züchtern und VO-Firmen nicht erwarten, immer so viel vermehren zu lassen, dass jegliche Naturkapriolen abgefangen werden kann, aber vielleicht rächt sich, dass Saatgutvermehrung für Bauern und Bäuerinnen in den vergangenen Jahren durch zunehmende Kontrollauflagen und geringere finanzielle Vergütung nicht gerade attraktiver geworden ist. Der Griff zu Konsumgetreide zur Nachsaat hat auch finanzielle Gründe. Steht man im März vor dem Nichts, hat aber Geld für Saatgut und Arbeit investiert und muss nun die ertraglich unattraktivere Sommerung erneut verbunden mit Geld und Arbeit aussäen, will man sparen.

## Misstrauen und Verunsicherung

Dies Jahr war der Ausfall so massiv und das Angebot an Saatgut im Frühjahr so gering, dass Züchtern und STV klar sein musste, dass überdurchschnittlich viel Konsumgetreide ausgesät wird. Sie hätten zwar immer noch rechtlich dagegen argumentieren können, sich aber den Unmut der Bauern und Bäuerinnen zugezogen. Warum daraus nicht einen Imagegewinn und Kapital schlagen? Im Bauernverband fand man einen willfährigen Helfer dabei, sich eine unrechtmäßige Abzocke auszudenken und sie zu einem Gutmenschendienst an den Bauern und Bäuerinnen in Anerkennung ihrer Notlage zu formulieren. So wird nämlich begründet, dass BPD und STV sich den widerrechtlichen Anbau von Konsumgetreide mit Lizenzgebühren bezahlen lassen wollen. Ein Drittel der ursprünglich für die Sorte fälligen Z-Lizenzgebühren, so der mit dem Bauernverband ausgehandelte „Deal“, sollen die Bauern und Bäuerinnen zahlen, wenn sie den Züchtern Auskunft über ihr Fehlverhalten geben. Ein weiteres Drittel soll der sich outende Landhandel abführen und gleichzeitig eine Unterlassungserklärung für die Zukunft unterschreiben. Es ist perfide Genialität, beide Beteiligten des Geschäfts zur Denunziation des jeweils anderen zu bringen. Wie so

oft arbeitet die STV mit dem Instrument der Einschüchterung und Verunsicherung und schafft unter Handelspartnern eine Atmosphäre von Misstrauen. Dabei wird ein Rechtsbruch nicht legal, nur weil nun für ihn Lizenzgebühren von einer privatwirtschaftlichen Vereinigung erhoben werden. Das



Ungewisse Ernte

Foto: Dahlmann

heißt, Bauern und Bäuerinnen und der Handel können noch nicht einmal sicher sein, dass der Ablasshandel sie vor Strafe schützt.

## Schaden und Spott

Ein Ablasshandel durch Lizenzgebühren, die von der Bemessung her (60 Prozent der Z-Lizenz) auch noch höher sind als die maximale von der EU festgelegte und vom EuGH bestätigte Höhe von Nachbaugebühren (50 Prozent der Z-Lizenz) für ein Produkt, was vielfach von seiner Qualität her nicht dem von Nachbausaatgut entspricht. Häufig genug handelt es sich bei Konsumware um Sortenmischungen – auch dafür hat die STV übrigens eine Lösung: Sorte unbekannt und pauschale Lizenzgebühr – oder weniger gut aufbereitete Futterware (deshalb gibt es dies Jahr so schöne rote Mohnfelder). Wer das mitmacht, hat also nicht nur zu zahlen, sondern auch Schaden und Spott zu tragen. Zu Schaden und Spott passt auch die Geschichte von den zehn Bauern, die froh und glücklich, überhaupt noch eine Partie Sommerweizen bekommen zu haben, diese auf 400 Hektar aussäten und nun mit ansehen müssen, dass sich Bodendecker entwickeln. Es war nämlich Winterweizen, den der Händler hoffentlich ohne böse Absicht, froh seinen Kunden doch noch irgendwas anbieten zu können, verkaufte. Ernten werden diese Bauern auch von ihrer zweiten Aussaat nichts, Ironie des Schicksals ist, dass es

zweimal der Frost ist, der den Schaden macht, einmal durch seine Anwesenheit, einmal durch seine Abwesenheit, spricht durch die nicht induzierte Bestockung. Es bleiben 400.000 Euro Schaden, die nicht offiziell geltend gemacht werden können, weil die Bauern illegal säten.

Gefordert sind die politisch Verantwortlichen. Sie müssen die Bauern und Bäuerinnen aus der Illegalität holen und einmalig eine Ausnahme von den entsprechenden gesetzlichen Rahmen in Saatgutverkehrs- und Sortenschutzgesetz beschließen. Wäre der Bauernverband eine Interessenvertretung der Bauern und Bäuerinnen, hätte er sich längst dafür eingesetzt. Der Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium Peter Bleser (CDU) hat die Gesprächsanfrage der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze (IGN) diesbezüglich abgelehnt, da es ja einen Brief mit demselben Tenor von der IGN an die Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner gebe und somit nur schriftlich reagiert werde. Die Zeit drängt, in ein paar Tagen läuft die Frist ab zur Teilnahme an der Vereinbarung zur Lizenzzahlung, danach droht die erneute flächendeckende Beschäftigung der Gerichte durch die STV mit ihren Klagen gegen Bauern und Bäuerinnen und Unfrieden auf dem Land. Wer bislang still gehalten hat, sollte das auch weiter tun und sich im Falle von Anwaltspost unverzüglich an die IGN wenden. Geerntet wird schließlich, was gesät wurde. cs

IGN-Geschäftsführung, Georg Janßen: 04131 407757, oder die Anwälte der IGN, z. B. Jens Beismann: 0511 22886312.



## Weltweite Saatgutaktion

Auf Einladung von Benedikt Haerlin von „Save our Seeds“ trafen sich Vertreter von Saatgutinitiativen, Bauern- und entwicklungspolitischen Organisationen am 7. Juni 2012 in Berlin, um mit der Alternativen Nobelpreisträgerin und Saatgutaktivistin Vandana Shiva aus Indien die aktuelle Saatgutsituation zu diskutieren. Themen waren u.a. der Kampf um gentechnikfreies Saatgut, die Strategien der Gentechnikkonzerne und einzelner Regierungen, die Patente auf Pflanzen sowie die Auseinandersetzung um das uneingeschränkte Recht auf Nachbau von Saatgut. Vereinbart wurde die Erstellung eines internationalen Saatgutberichts, um einen weltweiten Überblick zu den Aktivitäten zu bekommen. Zwischen dem 2. Oktober 2012 (Geburtstag Ghandis) und dem 16. Oktober (Welternährungstag) sollen weltweit Saatgutaktionen stattfinden, um das Thema „Saatgut“ stärker in die Öffentlichkeit zu bringen. Weitere Informationen erhalten Sie bei Georg Janßen (Telefon: 04131-407747), der für die ABL und für die IG Nachbau an dem Strategietreffen teilgenommen hat gj

# Gentechnikfreie Fütterung – und es geht doch!

AbL-Studie zeigt die Perspektiven einer gentechnikfreien Futtermittelversorgung

**G**entechnikfreie Futtermittel? „Gibt's nicht mehr“, „zu teuer“, „reine Biosache“, diese und andere Antworten hören Bauern oft, wenn sie gentechnikfreie Futtermittel beziehen wollen. Die AbL hat Informationen über die Verfügbarkeit und Liefersituation gentechnikfreier Soja in Deutschland zusammengestellt, die zeigen, dass das Segment „ohne Gentechnik“ und damit die gentechnikfreie Fütterung wächst.

## Verfügbarkeit gentechnikfreier Soja

Heute findet etwa 80 Prozent des gesamten Sojaanbaus in den USA, Brasilien und Argentinien statt. Ein Großteil der angebauten Soja ist derzeit gentechnisch verändert. Eine besondere Rolle nimmt Brasilien ein, da es der Hauptlieferant von gentechnikfreier Soja ist. 2010/2011 wurden dort insg. 75,5 Mio. t Soja erzeugt. Nach einer überschaubaren Vorlaufzeit kann allein Brasilien knapp 50 Prozent des EU-Bedarfes an Soja in konventioneller, gentechnikfreier Qualität liefern. Weitere zukünftige Lieferquellen gentechnikfreier Ware sind Indien und Osteuropa. Aber auch beim heimischen Sojaanbau kommen Forschung und Anbau in Gang.

## Lieferanten in Deutschland

Eine bundesweite Befragung von Futtermittelanbietern zeigt, dass eine flächendeckende Belieferung mit gentechnikfreier Soja möglich ist. Über hundert Anbieter, verteilt auf alle Bundesländer, wurden ermittelt. Die meisten Lieferanten haben ihren Sitz in den tierintensiven Bundesländern wie NRW und Niedersachsen. Auch Bayern ist stark vertreten. Sicher ist: Für jedes Futtermittel, auch Sojaschrot als Einzelkomponente, und für alle landwirtschaftlichen Nutztiere gibt es mindestens einen Anbieter, der deutsch-

landweit ausliefert. Bei der gentechnikfreien Sojaproduktion und Verarbeitung entstehen über die gesamte Produktions- und Logistikkette hinweg Mehrkosten für Separierung und Nachweisanalytik. Diese Kosten müssen derzeit nicht von den Verursachern (denjenigen, die GVO einsetzen wollen), sondern von den gentechnikfrei wirtschaftenden Betrieben getragen werden. Bei Umsetzung des Verursacherprinzips würden die Preise für gentechnikfreie Futtermittel sinken. Solange das Verursacherprinzip nicht umgesetzt ist, müssen die zusätzlichen Kosten für die gentechnikfreie Erzeugung von den Verarbeitern und dem Handel getragen werden, da diese sich durch die Auslobung der Produkte am Markt profilieren können. Die Sojapreise unterliegen enormen Schwankungen. Deren Ursache sind schwankende Erntemengen, Ernteauffälle sowie die sich ändernde weltweite Nachfrage. Aus fütterungsphysiologischer Sicht ist gentechnikfreies Sojaschrot (HP 48) aufgrund seines höheren Eiweißgehaltes dem oft verwendeten LP 44 überle-

Aminosäurezusammensetzung – nach dem thermischen Aufschluss der Eiweiße – ernährungsphysiologische Vorteile. Versuche zeigen jedoch, dass auch heimische Körnerleguminosen wertvolle protein- und stärke-reiche Futtermittel darstellen. Je nach Tierart und Leistungsniveau lässt sich Sojaschrot unterschiedlich gut ersetzen.

## Ohne Gentechnik wächst

Das Segment „ohne Gentechnik“ wächst stetig. Vorreiter war der Milchsektor. Und hier vor allem die Upländer Bauernmolkerei gefolgt von dem Milchkonzern FrieslandCampina mit seiner Landliebe-Marke. Im Juni 2012 wurden 10 Prozent der in Deutschland erfassten Milch ohne Gentechnik erzeugt. Zahlreiche namhafte Unternehmen sind eingestiegen: Die Privatmolkerei Bauer, Berchtesgadener Land, Edeka Nord, „Faire Milch“ und Zott, um nur wenige zu nennen. Um einiges später, aber dafür sehr viel schneller, erfolgte die Entwicklung bei den Schäleneiern. Im Juni 2012 wurden mind. 50 Prozent der konventionell gehaltenen Legehennen in Deutschland

nach den „ohne Gentechnik“-Kriterien gefüttert, Tendenz steigend. Spätestens seit diesem Zeitpunkt ist „ohne Gentechnik“ auch für kleinere Eierzeuger und Direktvermarkter ein Verkaufsargument. Mit „ohne Gentechnik“ gelabeltes Schweine- und Geflügelfleisch findet sich in deutschen Regalen erst vereinzelt. Anders in Österreich: Seit Anfang 2012 wird bei den größten Geflügelbetrieben Österreichs (rund 90 Prozent des Mastgeflügelmarktes) gentechnikfrei gefüttert. Diese haben gleichzeitig – auf Druck des LEH – umgestellt. Auch die Putenfleischproduktion wird derzeit umgestellt. Der Schweinefleischbereich bewegt sich ebenfalls. Die REWE-Eigenmarke „Hofstädter“ ist bei Schweinefleisch weitgehend umgestellt. Da auch Frankreich jetzt „ohne Gentechnik“ labelt und Luxemburg derzeit an nationalen Regelungen arbeitet, erwägt die EU-Kommission eine Harmonisierung der „ohne Gentechnik“-Regelungen auf EU-Ebene.

Phillip Brändle (jAbL) und Annemarie Volling (AbL)

Das vollständige Hintergrundpapier „Gentechnikfreie Fütterung – und es geht doch!“ sowie die Bezugsliste gentechnikfreier Futtermittel findet sich im Internet unter [www.gentechnikfreie-fuetterung.de](http://www.gentechnikfreie-fuetterung.de). Durchgeführt wurde die Befragung von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft. Bauern, die gentechnikfreie Ware von Händlern beziehen, die auf unserer Liste nicht vermerkt sind, dürfen sich gerne bei uns melden.



Gentechnikfreie Fütterung geht auch einfacher...

Foto: Laube/pixelio

## Beherrschter Saatgutmarkt

Syngenta und Monsanto kontrollieren bei Peperoni (56 %), bei Tomaten (62 %) und bei Blumenkohl (71 %) aller in Europa geschützten Sorten. Dies geht aus einer Studie von Swissaid und der Erklärung von Bern hervor. Die Organisationen warnen, dass durch das Quasi-Monopol der Saatgutkonzerne der Druck auf Kleinbauern und Züchter steigt, während die Sortenvielfalt bei vielen Gemüsen und damit die Auswahl für die Konsumenten stetig sinkt. *mn*



## Für gentechnikfreies Essen

Aigner stellt sich gegen EU-Schwellenwert für Gentechnik in Lebensmitteln

Die EU-Kommission plant, die Nulltoleranz für in der EU nicht zugelassene gentechnisch veränderte Pflanzen aufzuheben und stattdessen einen Schwellenwert von 0,1 Prozent analog zum Verfahren bei Futtermitteln einzuführen. Schon Anfang 2011 hatte die EU-Kommission mehrheitlich für eine Aufhebung der Nulltoleranz bei Futtermitteln gestimmt.

Ungewohnt schnell und deutlich bezog die Bundeslandwirtschaftsministerin Position und stellte klar, dass sie gegen eine Aufhebung der Nulltoleranz bei Lebensmitteln ist. Sehr zum Ärger ihrer Koalitionspartner CDU und SPD. Während Horst Seehofer aus dem südlichen München die Weigerung, auch vor dem Hintergrund der im kommenden Jahr anstehenden Landtagswahl, begrüßt, möchte Wirtschaftsminister Rösler alle Türen offen halten: „Es macht keinen Sinn, wenn wir uns von vornherein einer Technologie verschließen.“ Davon allerdings ist Frau Aigner weit entfernt, wenn sie die in der EU-Gesetzgebung vorgeschriebene Handlungsweise verteidigt und



Supermarkt mit allem, aber ohne Gentechnik, bitte!

Foto: Siepmann/pixelio

nicht durch nachträglich eingeführte Schwellenwerte unterläuft. Auch das Argument, Vereinbarungen des Koalitionsvertrages nicht umsetzen zu wollen, greift nicht, denn dort ist von einer praktikablen Lösung die Rede. Dies bedeute, so ein Sprecher des BMELV, nicht zwangsläufig die Einführung eines Schwellenwertes, sondern könne auch die Einführung einheitlicher Teststandards bedeuten.

### Gezielt wegschauen

Wahrscheinlich war sich Herr Rösler der Tragweite seiner Äußerung gar nicht bewusst. Letztendlich jedoch bestätigt er, was viele Gentechnikkritiker schon lange anführen: Koexistenz ist nicht möglich. Der Grain Club, eine Allianz von sieben Verbänden der Getreide-, Futtermittel- und Ölsaatenwirtschaft, wirbt dafür, nicht von der Einführung eines Toleranzschwellenwertes zu sprechen. Vielmehr sei die Aufhebung der Nulltoleranz eine Vereinheitlichung der Analysestandards, indem man alle „unsicheren“ Ergebnisse unter 0,1 Prozent schlichtweg ignoriert. Dabei bleibt unerwähnt, dass Gerichte in den vergangenen Jahren die Analysemethoden, auch im Bereich unter 0,1 Prozent, in ihrer Verlässlichkeit immer wieder bestätigten.

### Gesamtlösung

Dennoch sieht das Ministerium Klärungsbedarf in Sachen Gentechnik. Allerdings

strebt die Ministerin eine „Gesamtlösung“ an, die auch die Themen der Prozesskennzeichnung, Neuregelungen zum Honig bzw. den Schutz von Imkern, den Anbau der gentechnisch veränderten Kartoffel Amflora und den EU-Vorschlag zu nationalen Anbauverböten zu Gunsten eines vereinfachten Zulassungsverfahrens aufnimmt. Ein Vorgehen, das nicht nur aus Sicht des Deutschen Raiffeisen Verbands (DRV) in absehbarer Zeit auf EU-Ebene keine Erfolgsaussichten hat.

Begrüßt wurde das Vorgehen der Ministerin von Seiten der Gentechnikkritiker.

„Ministerin Ilse Aigner hat zur Frage Nulltoleranz bei Lebensmitteln jetzt die richtige Position der Vorsorge genommen. Das ist ausdrücklich zu begrüßen. Damit kommt Frau Aigner nicht nur der klaren Mehrheit der Bauern und der gesamten Bevölkerung nach. Die Nulltoleranz gegenüber gentechnisch veränderten Organismen, die in der EU nicht zugelassen sind, ist zudem auch geltende Gesetzeslage in der EU“, kommentiert Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). Unterstützung bekommt die Ministerin auch von Seiten des Handels, der dem Ministerium offenbar ein „klares Signal für eine Beibehaltung der Nulltoleranz“ gegeben hat.

Schon im Juli, so ist aus dem BMELV zu erfahren, wird die Kommission einen Vorschlag in den ständigen Ausschuss für Lebensmittel und Tiergesundheit einbringen. Die Positionen der anderen Mitgliedsländer sind ähnlich zu erwarten wie in der Vergangenheit. Von Ungarn, Österreich und Griechenland ist eine ablehnende Haltung zu erwarten. Auch der Regierungswechsel in Frankreich und der neue Agrarminister Le Foll hat sich in der Vergangenheit eher Gentechnik kritisch geäußert. Die Entscheidung könnte also zu Gunsten der bisherigen Regelung und gegen eine Aufweichung der Nulltoleranz fallen. *mn*

Kurzes am Rande

### Dänen scheitern

Der dänischen Ratspräsidentschaft ist es nicht gelungen, ihren umstrittenen Vorschlag zur Vereinfachung nationaler Anbauverböte umzusetzen. Am Montag scheiterte der Entwurf im EU-Umweltrat in Brüssel an der Blockadehaltung Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens und Belgiens. Die EU-Kommission hatte mit dem ursprünglich im Februar von Dänemark vorgelegten Vorschlag beabsichtigt, eine Regelung zu schaffen, die es Gentechnik-Saatgut-Produzenten wie Monsanto erlaubt, direkt mit den Mitgliedsstaaten über ein Anbau-Verbot im jeweiligen Land zu verhandeln. Im Gegenzug sollten die Mitgliedsstaaten einheitlich für die Zulassung der neuen Zulassungsanträge stimmen. Das Parlament hatte mit dem Lepage-Bericht einen eigenen Vorschlag gemacht, der den Mitgliedsländern die Möglichkeit eines rechtssicheren und umfassenden Verbots gentechnisch veränderter Pflanzen eingeräumt hätte. Die Verbesserungen des Parlaments waren in dem abzustimmenden Vorschlag nicht enthalten. *mn*

### Gen-Soja in Europa?

Die Europäische Lebensmittelbehörde EFSA hat erstmals „grünes Licht“ für den Anbau von gentechnisch veränderter (GV) Soja in Europa gegeben. Im nächsten Schritt müssen die Mitgliedsstaaten und die Kommission über die Anbauzulassung entscheiden. Es handelt sich um die „Roundup Ready“-Soja MON 40-3-2 des US-Konzerns Monsanto. Diese erste Generation RR-Soja wird seit 1994 in den USA angebaut und seit 1996 auch in die EU importiert. Sie ist resistent gegen das Breitbandherbizid Roundup mit dem Wirkstoff Glyphosat. Monsanto behauptet, dass sich durch den Anbau von GV-Pflanzen der Pestizid-Einsatz reduziere. Doch die Praxis in Nord- und Südamerika zeigt das Gegenteil: Der Einsatz von Roundup ist seit Einführung der Gentechnik um ein Vielfaches gestiegen und es entstehen immer mehr Roundup-resistente Unkräuter. Die AbL kritisiert die Zulassungsbestrebungen: „Gentechnik-Soja gehört nicht auf unsere Äcker, die Bundesregierung muss mit einem klaren Nein abstimmen“, so Bundesgeschäftsführer Georg Janßen. Ein Rechtsgutachten im Auftrag des gentechnikkritischen Vereins Testbiotech argumentiert, dass die geplante Zulassung gegen EU-Recht verstoßen würde, da die Wirkung von Herbizidrückständen auf den Pflanzen in der Risikobewertung nicht berücksichtigt worden ist. *av*

### Dürre resistente Pflanzen?

Eine aktuelle Studie einer Vereinigung unabhängiger US-amerikanischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (Union of Concerned Scientists) zeigt, dass Gentechnik keine Lösung für Dürre und Trockenheit bietet. Klimaforscher erwarten, dass zukünftig leichte und moderate Dürren an Häufigkeit zunehmen werden. Diese werden höhere Schäden verursachen als Dürreextreme. Pflanzenbauliche Züchtungs- und Praxisziele müssen deshalb trocken-tolerantere Pflanzen sein, aber auch solche, die Wasser effizienter nutzen können. Gentechnikunternehmen versprechen schon lange dürreresistente Pflanzen. In diesem Jahr kam Monsanto's „DroughtGuard“ Mais auf den Markt. Allerdings zeigen Untersuchungen des US-Landwirtschaftsministeriums ernüchternde Ergebnisse. Er bringe nur 1% Produktionssteigerung. Zudem zeige der GV-Mais keine Verbesserungen der Wassernutzungseffizienz auf. Die unabhängigen Wissenschaftler empfehlen deshalb, mehr Forschungsgelder für die konventionelle Züchtung bereit zu stellen. Mehr Augenmerk sollte den Kulturen geschenkt werden, die von Natur aus trocken-toleranter sind, wie Hirse. Anbaumethoden müssten angepasst werden, auch damit dass Wasser besser im Boden gehalten wird. Zudem müssen effektivere Wasserspeicherungstechnologien erforscht und später auch gebaut werden. *av*

### Futtermittelwerk „ohne Gentechnik“

Die Fixkraft-Futtermittel GmbH aus Enns, Österreichs größter privater Futtermittelhersteller mit 90 Mitarbeitern, hat im Juni 2012 für einen Großteil seiner Produkte das österreichische Kontrollzeichen „Ohne Gentechnik hergestellt“ bekommen. 2008 hat der Ennsener Futtermittelhersteller rund 6 Mio. Euro in eine eigene Produktionslinie „Gentechnikfrei“ investiert. Bereits im ersten Quartal 2012 waren 73 % der Fixkraft Futtermittel kontrolliert Gentechnik-frei. Dieser Anteil soll in der nächsten Zeit systematisch ausgebaut werden. Fixkraft-Geschäftsführer Rupert Bauinger erklärte: „Jetzt stellen (in Österreich) auch vermehrt Fleisch-Betriebe auf Gentechnik-freie Fütterung um. Damit ist für uns der Weg klar: Wir setzen auf gentechnikfreien Soja für unsere Futtermittel. Denn wir sind überzeugt, dass die Gentechnik-Freiheit einer der wichtigsten Qualitätsvorteile österreichischer Produkte auf dem europäischen Markt ist.“ *av*

# Gülle-Überschüsse wegtransportieren?

Niedersächsisches Symposium will Gülle-Tourismus für flächenlose Agrarindustrie

## Projekt „Legehennen-Brüder“

Unverändert werden die männlichen Küken der einseitig auf Eierproduktion gezüchteten, eher mageren Legehennen-Rassen gleich nach dem Schlüpfen getötet. Diese

Tatsache wird kaum dadurch erträglicher, dass man etliche Tiere künftig an Zootiere und Raubvögel verfüttern will. Auch eventuell mögliche Tests in einigen Jahren, durch die man die männlichen Embryos im

Ei vor dem Schlüpfen erkennen und vernichten könnte, sind keine wirkliche Lösung. Deshalb wird vor allem im Ökobereich die Zucht von Zweinutzungs-Rassen angestrebt, deren weibliche Tiere dann zwar etwas weniger Eier legen, deren

männliche Tiere aber eine halbwegs befriedigende Mastleistung erbringen. Eine aktuelle Alternative gegen das Töten der männlichen Brüder der Legehennen praktizieren bereits mehrere landwirtschaftliche Betriebe, darunter der

Bauk-Hof in Klein Süstedt bei Uelzen. Sie haben den Eierpreis um 4 Cent erhöht – mit dem Hinweis, dass dafür die männlichen Tiere nicht getötet sondern gemästet werden. Bio-Großhändler wie Naturkost

Nord oder Naturkost Erfurt haben dieses innovative Projekt mit initiiert, an dem auch bereits eine Brüterei und einige Verarbeiter teilnehmen.

Es sollte als Vorbild für andere Betriebe und vielleicht sogar für eine gesetzliche Regelung dienen. *en*

Zwei Drittel der niedersächsischen Grundwasserkörper sind in einem „schlechten Zustand“. Die ortsnahe Trinkwasser-Versorgung ist in Gefahr. Nach jahrelang abnehmender Belastung des Grundwassers zeigt sich eine „Trendumkehr“ mit wieder steigenden Nitrat- und Sulfatwerten – nicht nur in den Intensiv-Tierhaltungsgebieten im Weser-Ems-Raum. Durchweg gibt es in Niedersachsen

schon 274.000 Hektar, für Klärschlamm weitere 70.000 ha und für Importe aus Holland noch mal 264.000 ha – zusammen also 608.000 Hektar. Was bereits die AbL und andere Organisationen öffentlich machten, wurde nun auch hier eingestanden: Zwar müssten Investoren bei ihren Großställen (über 1.600 m<sup>2</sup>) eigentlich durch einen „Qualifizierten Flächennachweis“ belegen, wieviel der

ternehmer dabei sein werden. Ludger Bode vom niedersächsischen Sozialministerium verwies darauf, dass die neue Niedersächsische Bauordnung einen solchen Gülle-Entsorgungsnachweis von vorhandenen und neuen Großställen „auf Dauer“ fordere – so dass hier wirklich langfristige Pachtverträge einzufordern seien bzw. neue Pachtverträge nach Auslaufen der bisherigen Verträge. Wie andere Referenten beklagte Matthias Ebele vom Niedersächsischen Umweltministerium eine abnehmende Wirksamkeit freiwilliger Kooperationsmaßnahmen mit Landwirten, so dass jetzt die Schutzverordnungen „scharf gestellt“ werden müssten. Die Arbeitsgruppe der Landesarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA) auf Bund-Länder-Ebene plädierte zudem für eine 9-Monate-Lagerkapazität der Gülle, verlängerte Winter-Sperrfristen, eine Obergrenze von 170 kg/ha Stickstoff aus Wirtschaftsdünger tierischer und (neu) auch pflanzlicher Herkunft sowie eine Begrenzung der Phosphor-Düngung. Volker Garbe vom Bundeslandwirtschaftsministerium berichtete über weitere Pläne zur Bundes-Düngerverordnung, u.a. mit einem generellen 1-Meter-Gewässer-Abstand, Haftung bei Abschwemmung, Begrenzung der Herbst-Düngung und Vorgaben für Feldrandlagerung und Ausbringung.



Güllefernversickung erzeugt neue Kosten und Umweltbelastungen Foto: Mühlhausen/Landpixel

hohe Überschüsse in den Stickstoff-Bilanzen. Für die Erreichung der Ziele der Wasser-Rahmen-Richtlinie muss bei der EU eine Fristverlängerung beantragt werden, es droht ein Vertragsverletzungsverfahren. Auch Oberflächen- und Küstengewässer sind belastet. Gleichzeitig geht das Interesse der Landwirte an Fördermaßnahmen zum Wasserschutz zurück, weil die Flächenförderprämien nicht mit den Pachtpreisen der Biogasbetreiber mithalten können. All diese alarmierenden Fakten waren bei einem Symposium „Nährstoffmanagement und Grundwasserschutz“ in Hannover Inhalte der Einleitungsreden der Landesminister Gerd Lindemann (Agrar, CDU) und Stefan Birkner (Umwelt, FDP). Veranstalter war eine Arbeitsgruppe der beiden Ministerien, des Wasserverbandtags, des Landkreistags, der Landwirtschaftskammer und des „Landvolk“-Landesbauernverbands. Umwelt- und andere Verbände waren nicht eingeladen.

## 600.000 Hektar fehlen

Franz Jansen-Minßen von der Landwirtschaftskammer berichtete über weiter rasant steigende Schweine- und Geflügelbestände und Biogasanlagen. Im Weser-Ems-Raum fehlen zur ordnungsgemäßen Verwendung von Gülle, Geflügelmist, Hühnertrockenkot und Gärresten allein

Exkrememente sie im eigenen Betrieb ausbringen könnten und zu welchen anderen Flächen die überschüssigen Mengen verbracht würden. Bescheinigungen hierüber stellte bisher eine gemeinsam von Genossenschaften, Lohnunternehmern, Maschinenringen, Landvolk, Kammer und Landkreisen geschaffene „Gülleborse“ aus, ohne aber wirklich effizient den Verbleib der angelieferten Nährstoffe zu kontrollieren (*Unabhängige Bauernstimme* 4/12). Dies soll jetzt alles anders werden, und zwar mit einer Landes-Verbringungs-Verordnung, bei der nun Abgeber, Beförderer und Empfänger der Gülle die Mengen und Termine genau elektronisch melden müssen. Kontrolliert durch gebührenfinanzierte Prüfdienste der Landwirtschaftskammer (bei 5 Prozent der Fälle) und kooperierenden Bauaufsichts- und Düngehörden. Die bisher nicht erfassten Gärreste aus Biogasanlagen und aus gewerblichen Betrieben sollen ebenfalls darunter fallen – eventuell auch der legale Teil der Importe aus Holland. Eingebunden werden soll abermals eine „Branchenlösung“ durch die „Nährstoff Management Niedersachsen eG“, bei der neben Wasserverbänden auch wieder Großgenossenschaften (GS agri, Raiffeisen Ems-Vechte), Maschinenringe und Lohnun-

## „Überregionale Kreislaufwirtschaft“?

Hans-Heinrich Kowalewsky von der Landwirtschaftskammer kam mit seinem Referat zum Kern der neuen Strategie: der systematischen Verbringung der Nährstoff-Überschüsse in weit entfernte Ackerbau-Regionen. Während Trockenkot und Geflügelmist über viele hundert Kilometer transportwürdig seien, müsse die Gülle vor dem Transport eingedickt werden. Teure Gülleaufbereitungssysteme führten eher zu Nährstoffverlusten, es reiche die gezielte Entnahme aus den unteren Sinkschichten im Güllebehälter und die subventionierte Nutzung dieser „Dickgülle“ in Biogasanlagen der Ackerbauregionen. Probleme sah er bei der Akzeptanz der Bevölkerung in diesen Gülle-Empfangs-Regionen. Die verarmten Vertreter des Bauernverbands wollen bei „den Berufskollegen“ um Akzeptanz für diese „moderne überregionale Kreislaufwirtschaft“ werben und fordern höhere Fördergelder beim Wasserschutz. Über ein Ende der Nährstoff-Importe (Soja aus Brasilien), einen Stopp der Agrarfabriken-Flut, den Abbau der Überschussproduktion und die betriebliche Flächenbindung einer artgerechten Tierhaltung wollten weder sie noch die übrigen Teilnehmer der Veranstaltung reden. Das wird zu ändern sein. *en*

## Warum stellen Biobetriebe um?

Wahre Gründe warum Ökobetrieb aus der Kontrolle ausscheiden.

Der ökologische Landbau in Europa weist eine sehr dynamische Entwicklung auf. Für viele Landwirte hat sich die Umstellung auf ökologischen Landbau finanziell gelohnt. Die Mehrheit der Ökolandwirte erzielt ein Betriebseinkommen je Arbeitskraft, das oberhalb desjenigen von vergleichbaren konventionell bewirtschafteten Betrieben liegt. "Diese oder ähnliche Meldungen sind immer wieder zu lesen. Viele Landwirte sind aufgrund der sich schnell verändernden Einkommenssituation auf der Suche nach sicheren Perspektiven. Eine davon ist die Umstellung des Betriebs auf eine ökologische Wirtschaftsweise. Die in den letzten Jahren kontinuierlich steigende Zahl an ökologischen Betrieben zeigt, dass der Schritt für viele Betriebe eine positive Option ist. Bestätigt wird dies auch von einer repräsentativen Umfrage des Deutschen Bauernverbands, derzufolge sich 2 Prozent der Landwirte sicher sind, in den kommenden zwei Jahren auf Ökolandbau umzustellen. Weitere 10 Prozent können sich vorstellen, diesen Schritt in den kommenden zwei bis drei Jahren zu gehen. Die häufigsten Gründe für die Umstellung sind die sichere Abnahme der Produkte und höhere Produktpreise. Dass es trotz der in den vergangenen Jahren kontinuierlich wachsenden Zahl an ökologisch wirtschaftenden Betrieben auch eine bedeutende Zahl an Betrieben gibt, die die ökologische Bewirtschaftung nach einigen Jahren wieder beenden, wird in der Öffentlichkeit oft nicht wahrgenommen.

Laut einer Meldung von *Top Agrar online* haben im Jahr 2009 930 Betriebe ihre ökologische Produktion beendet. Trotzdem gab es 2011 in Deutschland 1.061 Biobetriebe mehr als im Vorjahr, was bedeutet, dass insgesamt fast 2.000 Betriebe neu umgestellt wurden. Trotz dieses kontinuierlichen Wachstums sind die Gründe, aus denen rückumgestellt wird, von besonderem Interesse. Viele in der Vergangenheit durchgeführte Forschungsprojekte in ganz Europa beschäftigten sich mit eben jener Fragestellung.

### Unklare Datenlage

Eine zusammenfassende Studie über die Forschungsergebnisse der vergangenen Jahre, die Henriette Sahn von der Universität Kassel gemeinsam mit verschiedenen Co-Autoren verfasst hat, macht deutlich, dass es nur eine geringe Zahl an zu einer Rückumstellung führenden Gründen gibt. Die Ergebnisse der Untersuchungen weisen alle ähnlichen Gründe für die Rückumstellung auf. Zum einen sind es ackerbauliche und

technische Probleme, aber auch sich nicht erfüllende finanzielle Erwartungen, die zur Aufgabe der neuen Produktionsform führen. Aus finanzieller Sicht bedeutend war ein geringer Unterschied im Erlös zwischen konventionellen und ökologischen Produkten, eventuell auch durch fehlende Vermarktungswege. Aber auch die hohen Produktionskosten sowie hohe Kosten für zugekauftetes Futter. Weiterhin fühlten sich viele Betriebe durch die Bürokratie und die Kontrollen bedrängt. Ein weiteres Kriterium, das zu Rückumstellungen führte, waren die unsicheren Rahmenbedingungen. Zum einen betreffend der Höhe der Förderung, die immer wieder Änderungen unterworfen war. Aber auch in Bezug auf die Kontroll- und Produktionsstandards, die sich in den vergangenen Jahren auch aufgrund von Missbrauchsfällen, wie im Geflügelbereich, drastisch zu Ungunsten der Produzenten verschärft haben.

### Wo bleiben die Betriebe?

Der auch in diesem Artikel verwendete Begriff Rückumstellung ist irreführend, unterstellt er doch, alle Betroffenen würden zur konventionellen Wirtschaftsweise zurückkehren. Dies ist jedoch nur zum Teil der Fall. Weitere Optionen sind eine die Arbeit und die Produktion betreffende Extensivierung. Was de facto zu einem Beibehalten der ökologischen Bewirtschaftung, allerdings ohne Kontrolle und Kontrollkosten, führt. Auch ein abschließender Ausstieg aus der Landwirtschaft oder auch eine Übernahme durch einen benachbarten Biobetrieb sind mögliche Szenarien, die zu einer Kündigung bei der Ökostatstelle führen. Genaue Zahlen über die Verteilung liegen jedoch nicht vor. Unter Leitung der Universität Kassel und der Mitarbeit des Johann Heinrich von Thünen Instituts werden derzeit diese aktuellen Zahlen und Gründe von in Deutschland wirtschaftenden Betrieben ermittelt. Erste Ergebnisse sollen im September veröffentlicht werden. *mm*

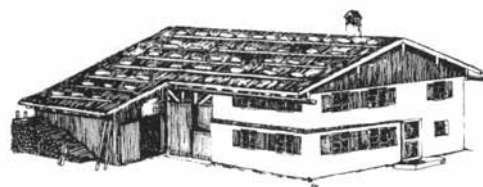


Vielen Rückumstellern waren die Auflagen zu hoch und der Kontrollaufwand zu groß. Foto: Thomas Stephan

## Eine Stallgeschichte

So ein Stall ist ein aufregender Ort. Mit den Kühen ist es wie mit den Leuten. Jede hat höchst eigene Marotten. Allein mein Auftauchen und ungeschicktes Hantieren hat diesbezüglich sicher so Einiges in Gang gesetzt. Eine Kuh war darin besonders trickreich: Laura. Aufgefallen ist sie mir zuerst, weil sie jeden Tag zweimal um und um versch... war. So viel Heu liegt gar nicht auf dem Futtertisch, wie ich bräuchte, um des Allgäuer Kuh Viedle sauber zu kriegen. Also renne ich nach einem nasen Lumpen und warmem Wasser. Mit kaltem tät sie wohl einen Veitsanz aufführen; das kann ich nicht riskieren.

Als ich mich ihr das erste Mal allein genähert habe, kriegte ich zur Begrüßung einen kumpelhaften, wenn gleichwohl gezielten Tritt gegen mein Schienbein. Weil sie die Letzte in der Reihe ist, hat sie natürlich gesehen, dass ich vor ihr jede Kuh getätschelt habe, mit jeder geredet hab, ehe ich das Melkgeschirr angelegt habe. Und bis ich dann zur Laura



... aus Bayern

gekommen bin, war sie eifersüchtig und beleidigt. Und jeden Tag hat sie sich etwas Neues ausgedacht, wie sie mir es heimzahlen könne. Wollte ich die vorderen Zitzen anmelken, hat sie mit den Füßen ge-

schlagen, wollte ich mich auch noch an ihren hinteren Zitzen vergreifen, dann hat sie einfach die Hinterhaxen zusammengezwickelt und ich hab an ihrem Euter nicht ein einziges Spitzle mehr zu fassen gekriegt. Einmal – ich hab es noch schweißgebadet geschafft, das Melkgeschirr an ihrem Euter unterzubringen, drehe ich mich zufrieden um und will von dannen gehen, da tut es einen brachialen Schepperer, die Ansaugluft pfeift und der Milchschlauch gibt gerade noch schlürfende Geräusche von sich. Ich renne zurück; da steht die Laura quer über zwei Standplätze und wirft triumphierend ihren gehörnten Kopf nach hinten. Hat sie es doch geschafft, mit ihrem Hinterteil so schwungvoll auszuscheren, dass das Melkgeschirr am Boden liegt. Da erbarmt sich die Resi und gibt mir den Rat, neben diese Kuh einen Schubkarren zu stellen, dann tät sie das nicht mehr. Ich hole den Schubkarren, hau der Laura mit der bloßen Hand aufs Hinterteil sammle das Melkzeug auf und denke mit sehr gemischten Gefühlen daran, dass diese Kuh noch gemolken werden muss. Die Laura hat den Schlag aber wohl als Liebesdatscherl verstanden; lammfromm lässt sie sich das Melkzeug wieder anlegen. Als ich dann am Ticken der Maschine höre, dass die Kuh wohl ausgemolken sein muss, gehe ich zurück zu Laura. Sie steht kerzengerade an ihrem Platz, das Melkzeug ist an seinem Platz, aber im Schubkarren daneben liegt wohlplatziert ein Kuhfladen. Laura schaut geradeaus und würdigt mich keines Blickes. Eines Tages, ich war wieder einmal mit Lauras Nachbarin beschäftigt, zieht es kräftig an meinem T-Shirt und ich spüre eine nasse Nase auf meinem Rücken. Erschreckt fahre ich herum: Laura hat mir voll ihr Kuhgesicht zugewendet, und als ich sie anstarre und auch noch was Unfreundliches sage, verwandelt sich der spöttische Ausdruck in ihren Augen in Trauer; dann wendet sie sich enttäuscht ab. Ich ärgere mich über meine unsinnige Angst. Also streichle ich ihr vorsichtig den Hals, streichle mit der Hand über ihren Rücken und rede mit ihr. Es scheint ihr zu gefallen und endlich verstehe ich ihr Verhalten als Betteln um Aufmerksamkeit.

Wenn ich also die letzten zwei Kühe in der hintersten Reihe zu melken habe, kriegen beide gleichzeitig ihr Ansinnen, ich rede auch mit Laura, obwohl sie noch nicht dran ist. Sie hat erreicht, was sie wollte.

Eines Morgens – ich fummle gerade wieder unter dem Bauch der Nachbarin herum – spüre ich wieder am Rücken, wie mich eine feuchte Nase anstupft und, weil das T-Shirt wohl hochgerutscht ist, eine raue Zunge mir ein-zweimal über den Rücken schleckt. Ich drehe mich vorsichtig um und sehe in die schönsten Kuhaugen. Da verstehe ich endlich, dass es vor gut 3.000 Jahren für eine Frau das größte Kompliment war, eine Kuhäugige genannt zu werde.



## Die junge AbL tagt in Roßtal

„Wege in eine zukunftsfähige Landwirtschaft – Existenzgründung und Hofübernahme“

Bei bestem Sommerwetter fand die 5. Tagung der jungen Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (jAbL) in Roßtal in der Nähe von Nürnberg statt. Unter dem Motto „Wege in eine zukunftsfähige Landwirtschaft“ lockte ein vielfältiges Programm mit dem Schwerpunkt Hofübergabe und Existenzgründung. Aus dem gesamten Bundesgebiet kamen rund 50 junge Bäuerinnen und Bauern, GärtnerInnen, HofnachfolgerInnen, Studierende und an der Landwirtschaft interessierte Menschen auf die Tagung, die zum ersten Mal in Bayern stattfand. Das Thema der Tagung ist aktueller denn je. Immer mehr Höfe geben die Landwirtschaft auf, aber gleichzeitig gibt es immer mehr junge Menschen,

sterium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (STMELF) erläuterte, dass in den 90ern in Bayern bestehende Instrumente zur Förderung von Junglandwirten gestrichen wurden, um Rückforderungen von Fördergeldern von der EU zu vermeiden.

### Arbeitsplätze schaffen

„Jeder neue Arbeitsplatz in der Landwirtschaft ist ein Gewinn“, sagte Christian Vieth vom Netzwerk Hofgründer. Dennoch fehlen vielen Betrieben die Nachfolger – nur 30 Prozent der Betriebsleiter über 45 Jahre haben eine gesicherte Nachfolge und auch bei der Hofübergabe gibt es zahlreiche Stolpersteine. Innerfamiliäre Hofübergaben führen oft zu Konflikten, weil nicht

übernommen und schildert die Probleme einer außerfamiliären Hofübergabe: „Von der Situation, in der ein Existenzgründer steckt, haben die Ämter keine Vorstellung“, sagt er beim Rundgespräch. Die bürokratischen Hürden, die es zu meistern gilt, um an Fördergelder zu kommen, sind für Existenzgründer extrem hoch, so dass sie kaum in Anspruch genommen werden. Erschwerend kommt hinzu, dass oft selbst die Ämter die Möglichkeiten der Förderung nicht kennen und zum Teil sogar über rechtliche Rahmenbedingungen falsch informiert sind. So erging es auch Moritz Schäfer, der auf das Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP) verzichten musste, weil er falsch informiert wurde und so die Hürden zu

genwirken könnten. „Um Arbeitsplätze in der Landwirtschaft zu erhalten und zu schaffen, muss bei der Vergabe der Direktzahlungen auch der Faktor Arbeit ein Kriterium sein“, sagte Henrik Maaß, für die jAbL im AbL-Bundesvorstand. Aber auch gesellschaftliche Leistungen, wie die Erhaltung der Kulturlandschaft und der Artenvielfalt müssten entlohnt werden. Und nicht zuletzt sei es auch eine Frage der Marktpreise, ob sich Landwirtschaft für junge Menschen in Zukunft noch lohnen werde.

### Garten COOP Freiburg

Wie eine Existenzgründung auch ohne staatliche Förderung selbstständig organisiert werden kann, davon berichtete Fabian Kern, der 2009 mit vielen anderen jungen Menschen die Garten-Coop Freiburg gründete. Ein Verein, der dort solidarische Landwirtschaft bzw. CSA (Community Supported Agriculture) betreibt. Die Mitglieder stellen zum einen Geld als Mikrokredit zu Verfügung und bezahlen zusätzlich einen Beitrag nach eigenem Ermessen, um die laufenden Kosten des Betriebs zu decken. Dadurch werden sie ein Stück weit in die Investitions- und Entscheidungsprozesse des Betriebs integriert und sollten sich zusätzlich auch durch einige Tage Mitarbeit im Jahr mit einbringen. Im Gegenzug werden sie mit Gemüse versorgt. So wird es möglich, dass fünf Gärtner auf 9 ha Gemüse produzieren.

Häufig sind Landwirte keine Lebensmittelproduzenten mehr, sondern reine Rohstofflieferanten, stellte Herr Seibert, Professor an der FH Weihenstephan-Triesdorf fest. Landwirte profitieren, wenn sie versuchen, wieder mehr Bereiche der Wertschöpfungskette abzudecken.

Doch nicht nur die Landwirtschaft spielt eine entscheidende Rolle für die Zukunft der Dörfer. Für die Entwicklung ländlicher Räume ist es enorm wichtig, dass sich Bürger vor Ort und vor allem junge Leute engagieren und an der Planung beteiligen. „Jede Region hat ihre Potenziale, die es nur ehrlich zu erkennen und zu nutzen gilt“, erläuterte auch Herr Seibert.

Der Wert von lebendigen dörflichen Strukturen darf nicht verloren gehen. Die große Anzahl junger Landwirte, die sich auf der Tagung engagierten, machen Mut, dass uns das gelingen wird!

Carsten Bruckhaus und David Kilian,  
junge AbL



Viele potentielle Hofnachfolger: Gut gelaunt, hoch motiviert

Foto: jAbL

die in die Landwirtschaft einsteigen wollen. „Das Höfesterben muss aufhören, wir brauchen mehr junge Menschen in der Landwirtschaft“, sagte Kathrin Lindner vom Tagungsteam der jAbL. Obwohl die EU über die zweite Säule der Agrarförderung durchaus Möglichkeiten zur Förderung speziell von Junglandwirten vorsieht, wird in Deutschland momentan in keinem der Bundesländer davon Gebrauch gemacht. Länder wie Frankreich nutzen diese Potentiale erheblich besser, sodass dort auch der Anteil an Junglandwirten erheblich höher ist. Konrad Schmid vom bayerischem Staatsmini-

rechtzeitig über Hofnachfolge und Zukunftsperspektiven des Betriebs nachgedacht und gemeinsam gesprochen wird. Auch Beratungsangebote werden häufig zu spät in Anspruch genommen. Christian Vieth empfiehlt deshalb allen Betriebsleitern, sich bereits ab dem fünfzigsten Lebensjahr mit dem Thema Hofübergabe auseinander zu setzen und die Familie gleich von Anfang in die Planung einzubeziehen.

Noch schwieriger ist die Situation für Neueinsteiger in der Landwirtschaft. Moritz Schäfer, Mitglied der jungen AbL, hat vor rund einem Jahr einen Milchviehbetrieb bei Alsfeld in Hessen

hoch gesteckt waren. „Ein alter Jahresabschluss zum Beispiel ist zur Inanspruchnahme von AFP-Maßnahmen definitiv nicht nötig“, machte Christian Vieth deutlich, auch wenn dies immer wieder behauptet würde.

Der Strukturwandel in der Landwirtschaft schreitet weiter voran. Während andere Länder längst erkannt haben, dass „Wachsen oder Weichen“ keine Antwort auf die Probleme des 21. Jahrhunderts darstellt, arbeiten der Deutsche Bauernverband und andere Lobbyverbände weiterhin in diese Richtung. Diskutiert wurden in Roßtal Modelle, die dieser Entwicklung entge-

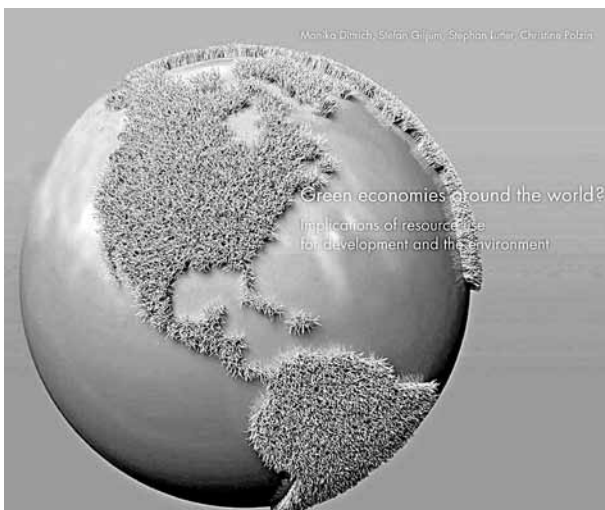
# Weltatlas zur Ressourcennutzung

„Green Economies Around The World“

Der Weltatlas zeigt erstmals die Entwicklung des Rohstoffverbrauchs und der Ressourceneffizienz aller Länder weltweit in den letzten 30 Jahren. Berücksichtigt wurden dabei sowohl abiotische Rohstoffe wie fossile Energieträger, Mineralien und Metalle wie auch biotische Rohstoffe aus Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei. Die globalisierte Weltwirtschaft ist von wachsenden Unterschieden im Pro-Kopf-Verbrauch von Ressourcen geprägt. Dabei begegnen starke Wachstumsdynamiken in aufstrebenden Schwellenländern wie etwa China oder Brasilien dem konstant hohen Verbrauch der reichen Industrienationen. In den letzten dreißig Jahren kam es zwar in vielen Ländern zu relativen Verbesserungen im effizienten Einsatz der entnommenen Rohstoffe. Dennoch führt das Wachstum der Weltwirtschaft zu einem

weiterhin steigenden Ressourcenbedarf. Dieser steigende Rohstoffhunger führt zu sozialen und ökologischen Konflikten, gerade wenn die wahren Kosten der zunehmenden Nachfrage nach immer knapper werdenden Ressourcen in andere Länder und Weltregionen „exportiert“ werden.

Ein Download der Studie finden Sie unter: <http://seri.at/de/green-economies/>



Kurzes am Rande

## Ganzjährige Gemüseversorgung

Ein Gewächshaus im Garten verlängert die Vegetationsperiode deutlich. Dabei muss man nicht auf die Standardbausätze aus dem Baumarkt zurückgreifen. Alte Fenster und eine solide Holzständerkonstruktion leisten ebenso gute Dienste und lassen deutlich mehr Gestaltungsfreiraum. Während im Frühjahr viel Glas für eine schnelle Erwärmung im Gewächshaus sorgt, ist es im Sommer oftmals viel zu heiß. Passivsolare (Erd-)Gewächshäuser sind da eine gute Alternative zum transparenten Standardgewächshaus. In diesem Buch wird ausführlich und praxisnah beschrieben, wie Solargewächshäuser freistehend, angelehnt oder teilweise in die Erde versenkt für den Hausgarten selbst gebaut werden können, in denen es möglich ist, (fast) ganzjährig Gemüse, Salat und Obst zu ernten – ohne zusätzliche Heizung. *Claudia Lorenz-Ladener; Kleine grüne Archen; 17 cm x 24 cm mit vielen farb. Abb.; gebunden; ISBN 978-3-936896-65-7; 22,90 €*

## Fotos gegen Gleichgültigkeit

Es ist ein Fotobuch, aber keins, was mit schönen Bildern zum Schwelgen einlädt. Die immer in ähnlicher Haltung abgelichteten Menschen rund um die Welt sind traurig und stehen vor katastrophalen landschaftlichen Settings im Hintergrund. Sie lassen den Klimawandel konkret werden, denn ihnen allen ist gemein, dass er bereits ihr Leben verändert hat oder zu verändern droht. Arm oder Reich spielt nur eine untergeordnete Rolle, der Farmer in Australien ist nicht weniger zur Anpassung an wüstenähnliche Verhältnisse gezwungen wie der Fischer im Tschad. Es ist ein „Buch gegen die Gleichgültigkeit“ angesichts ökologischer Katastrophen“ schreibt der Verlag, und hat damit gerade den Umweltpreis des Buchhandels gewonnen. *Schicksale des Klimawandels, Mathias Braschler, Monika Fischer, Text von Jonathan Watts, Gestaltung von Peter Zimmermann, 144 Seiten, 60 farbige Abb., ISBN 978-3-7757-2806-5, € 29,80*



## Bauern in Fukushima

Tief bewegt hat mich dieser Bericht der Grünen Europa-Abgeordneten und Anti-Atom-Kämpferin Rebecca Harms über ihren Besuch in Japan, Fukushima und bei der Anti-Atom-Konferenz in Osaka – über die unbekannte Breite des japanischen Widerstands, der trotz der Unterdrückung der Medien-Berichte zur derzeitigen Abschaltung aller AKWs führte. Sehr aufrührend die Schilderungen über die Lage der Bürger und Bauern nahe bei Fukushima – die teilweise nicht das Geld für die Ausquartierung ihrer Kinder haben, die in Notquartieren abseits ihrer Heimat wohnen und die mit der Entseuchung ihrer Äcker, Häuser und Orte kämpfen. Ein kleines Buch – mit hoffentlich großer Verbreitung und Wirkung. *en Rebecca Harms, Ein Tag in Fukushima – eine Woche in Japan; 88 Seiten, Verlag Die Brutsuppe, April 2012, € 12,00*

## Graphic-Novel zum NS-Terror

Unseren beiden Kindern (15 Jahre alt) hat dieser Comic (besser: diese „Graphic Novel“) über das Schicksal eines jüdischen Jungen im KZ und seinen späteren Weg als erfolgreicher Boxer die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus leichter eröffnet. Der Autor Reinhard Kleist erzählt das unglaubliche, aber wahre Leben des jüdischen Boxers Hertzko Haft, der im Konzentrationslager von seinen Bewachern zum Faustkampf gezwungen wurde und daraus seine Überlebensstrategie machte. *en Reinhard Kleist, Der Boxer – Die Überlebensgeschichte des Hertzko Haft; 176 Seiten; Carlsen-Verlag, 2012; 16,90 Euro.*

### Bestellcoupon

Ich bestelle:

**Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht**

bitte ankreuzen

Ausgabe:  2012  2011  2010  2009  2008  2007  2006  
 22,- € 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€

- .....Expl. Nützt ja nix Stückpreis 11,00 €
  - .... Expl. Aus dem Moor (erweiterte Neuauflage) Stückpreis 11,- €
  - .... Expl. Ein Bauer erzählt, CD Stückpreis 10,00 €
  - .... Expl. Schubkarrenrennen, Stückpreis 11,00 €
  - .... Expl. Nehmt und Euch wird gegeben Stückpreis 27,40 €
  - .... Expl. Der Wollmützenmann, Stückpreis 11,90 €
  - .... Expl. Matthias Stührwoldt live, CD, Stückpreis 9,50 €
  - .... Expl. Verliebt Trecker fahren, Stückpreis 9,90 €
  - .... Expl. Koexistenz im landwirtschaftlichen Alltag Stückpreis 3,- €
  - .... Expl. Monsanto gegen Bauern (aktualisierte Auflage) Stückpreis 3,50 €
  - .... Expl. Wege aus der Hungerkrise Stückpreis 3,10 €
  - .... Expl. Linda und Konsorten Stückpreis 14,90 €
  - .... Expl. was für'n schöner Scheiß, CD Stückpreis 10,- €
  - .... Expl. König Silo, CD Stückpreis 10,- € Neu!
- weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 Euro

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr.: \_\_\_\_\_ BLZ: \_\_\_\_\_ Bank: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_ ggf. E-Mail: \_\_\_\_\_

Name: \_\_\_\_\_ Adresse: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bestellung an:

ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

## 65 Jahre für den Umweltschutz

So kennen und schätzen wir Hubert Weiger: glasklar in der politischen Analyse, schonungslos in der Aufdeckung von Skandalen und Missständen, stets kämpferisch auf Veranstaltungen, Kundgebungen und Demonstrationen. Hubert Weiger denkt Umwelt und Naturschutz mit Landwirtschaft zusammen. Deshalb ist der Präsident des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland nicht nur eine wichtige öffentliche agrarpolitische Stimme – er ist auch ein enger, verlässlicher Bündnispartner im Kampf für eine bäuerliche Landwirtschaft. Hubert Weiger ist nun 65 Jahre alt geworden. Der Abl-Bundesvorstand gratuliert und freut sich auf eine weitere interessante Zusammenarbeit.  
Georg Janßen und Abl-Bundesvorstand



## (Klein) Anzeigen

### Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 10,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 20,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 12,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-mail: anzeigen@bauernstimme.de. Anzeigenschluss für BS September 2012 ist am 17. August 2012.

### Hof und Arbeit

● Wir suchen für unseren vielseitigen Naturland Betrieb ab sofort eine(n) **Landwirt(in) / Agrarbetriebswirt(in)**. Der Bauernhof der Familie Frey in Monbrunn ist ein vielseitiger Betrieb, der seit 1992 nach den Naturland Richtlinien ökologisch bewirtschaftet wird. Unseren Betriebsschwerpunkt bildet die Legehennenhaltung. Etwas über die Hälfte der Hühner sind in 2 Mobilställen untergebracht. Zum Betrieb gehören außerdem noch eine Mutterkuhherde mit 20 Kühen sowie 300 Masthähnchenplätze. Der Ackerbau dient fast ausschließlich zur Futterproduktion Ihre Aufgaben:

- Bedienen der landwirtschaftlichen Maschinen und Einrichtungen sowie deren Wartung und Pflege
- Füttern und Versorgen der Tiere, Überwachen der Ställe, Ihr Profil:
- Abgeschlossene Ausbildung als Landwirt, Techniker oder Meister
- Erfahrungen in Ackerbau und Tierhaltung sowie im Umgang mit landwirtschaftlichen Maschinen
- Technisches Verständnis und handwerkliches Geschick bei der Überwachung der Ställe sowie der Wartung und Pflege der Maschinen
- Berufserfahrung im ökologischen Landbau oder ein großes Interesse daran
- Führerschein Klasse T

Wir bieten eine Vollzeitstelle mit Entwicklungsmöglichkeiten, eine angenehme Betriebsatmosphäre, Wohnung, sowie vielseitige Tätigkeiten in einem erfolgreichen Naturland Betrieb. Haben wir Ihr Interesse geweckt? Dann freuen wir uns auf Ihre Bewerbung! Bauernhof Familie Frey, Monbrunn 9, 63897 Miltenberg, bio@bauernhof-frey.de, www.bauernhof-frey.de

### Tiermarkt

● Verkäufe laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

● Lebensgemeinschaft Dalborn eG bei Detmold, Nähe Teutoburger Wald, sucht engagierte, in ökologischem Landbau ausgebildete Menschen, die am Aufbau eines Gemüse-CSA-Betriebes für die Region als eigenständigem Projekt im Rahmen einer nachbarschaftlichen Gemeinschaft interessiert sind. Neben dem vorhandenen Hof mit verfügbarem Land gibt es ein weiteres schönes Hofgelände in unmittelbarer Nachbarschaft zu erwerben. Auch für die ehemalige Wassermühle in Alleinlage gibt es Nutzungsmöglichkeiten. Wege zur Finanzierung müssen noch gefunden werden. Die Vision ist, selbst „anders besser leben“ und ein Beispiel geben für die Neu-Ausrichtung der Gesellschaft nach mehr solidarischkooperativen, ökologischen und spirituell-ganzheitlichen Gesichtspunkten. Mails über [www.lebensgemeinschaft-dalborn.de](http://www.lebensgemeinschaft-dalborn.de), ☎ 05236-382, Frank Merckord

● Alte, umgebaute Fachwerkscheune auf Biolandbetrieb zu vermieten! 4 Zimmer, 2 Bäder, Einbauküche, 125 m<sup>2</sup>, mit Kachelofen und Fußbodenheizung. Nördlich von Osnabrück. Interessierte melden sich unter ☎ 05436-966727 oder -1800.

● Zimmer frei in Land WG auf Bauernhof mit Bio-Gärtnerei. Suchen nette, aktive MitbewohnerInnen, kl. Dorf bei Halle/Saale mit viel Platz, Ruhe, See, Natur. [www.Amselhof.net](http://www.Amselhof.net), ☎ Nv. 034600-25965

● Schere Schafe, Alpakas, Lamas u. ggf. Hunde, in Norddeutschland u. Südschwarzwald, ☎ 0175-2821625

### Sonstiges

● Für unser neues Holzständerhaus suchen wir zur Isolation 750 HD-Ballen gutes Stroh (vorzugsweise) in Ober- bzw. -Niederbayern. Konkrete Anforderungen, Preis etc. können telefonisch besprochen werden. ☎: 08803-498978

„Mensch - Macht - Milch“ Fotoausstellung zu EU-Agrarpolitik und bäuerlicher Landwirtschaft in Nord und Süd.

02. bis 07. Juli in 82538 Geretsried, 1. OG im Rathaus, Karl-Lederer-Platz 1. von 7.30 Uhr bis 12.30 Uhr sowie Di von 14.00 bis 16.00 Uhr und Do von 14.00 bis 18.00 Uhr

16. bis 19. Juli in 83646 Bad Tölz im Landratsamt, Professor-Max-Lange-Platz 1, Mo. 7.30 bis 12.00 Uhr, Di. bis Do. 7.30 bis 16.30 Uhr, Fr. 7.30 bis 12.00 Uhr

23. bis 30. Juli in 82418 Murnau im Kurgästehaus, Kohlgruber Str. 1, tägl. 9.00-18.00 Uhr

01. bis 07. August in 82319 Starnberg im Landratsamt, Strandbadstraße 2, Mo bis Do 7.00 bis 18.00 Uhr, Fr 7.00 bis 16.00 Uhr

14. August bis 13. September in 6675 Tannheim in Felixe Mina's Haus, Oberhöfen 45, Eröffnung am 13. August um 19:30 Uhr

17. August bis 21. September in 87497 Wertach im Verkehrsamt, Rathausstr. 3

### BIOGAS Intensiv

02. bis 06. Juli 2012, Kirchberg Qualifizierungskurs für Anlagenbetreiber in fünf individuell buchbaren Modulen Programm: [www.biogas-intensiv.de](http://www.biogas-intensiv.de), Kontakt: IBBK Fachgruppe Biogas, ☎ 07954 92-6203, Fax: -6204 oder -6132

### Tag der offenen Tür

der Press- und Toastanlage 08. Juli 2012, A-5132 Geretsberg Die Ölmühle Neubauer und der Verein Salzchöl zeigen, wie in bäuerlicher Gemeinschaft aus Sojabohnen und Raps hochwertige Eiweißfuttermittel hergestellt werden. Der neu entwickelte Kompakt-Sojatoaster macht es möglich, heimische Sojabohnen nun auch in kleineren Anlagen zu verarbeiten und so

den Sojaanbau für Eigenverbrauch zu stärken. Dazu Infostände von weiteren Firmen wie LASCO Heu-Forst-Trocknungstechnik, MITTERBAUER Stahlbau, AGROSOLUTION und Probstdorfer Saatzaucht. Beginn 10.30 Uhr, Ölmühle Neubauer, Mühlberg 8, Geretsberg, Österreich

### Bienen und Biodiversität (er)halten

07. u. 08. Juli 2012, Johannishöhe Erhard M. Klein, Entwickler der Bienenkiste, zeigt, wie mit relativ wenig Aufwand Bienen gehalten werden können mit der Bienenkiste mit einem Volk Bienen drin. Jetzt ist die Bienenkiste schon besiedelt. Es werden verschiedene Handgriffe der Pflege am Bienenvolk gezeigt. Sa 13.00 bis So 15.30, [www.johannishoehe.de](http://www.johannishoehe.de), Kontakt: ☎ 035203 37181 (mit AB),

### Brot oder Sprit?

13. Juli 2012, Witzenhausen Die Tagung fasst den Rahmen weiter als das UN Jahr 2012 der erneuerbaren Energie für alle und geht insbesondere auch auf die Konflikte zur Versorgung mit Nahrungsmitteln in Deutschland und weltweit ein. Auf Bioenergieerzeugung in der Öko-Landwirtschaft wird gesondert eingegangen. 13 Uhr bis 18 Uhr, Kleine Aula, Nordbahnhofstr.1a. Programm: <http://www.uni-kassel.de/fb11agrard/hochschulverband-witzenhausen/aktuelles.html>, Kontakt: mittelst@wiz.uni-kassel.de, ☎ 05542-981592, Fax: -1596

### Nachhaltigkeit im Weinbau

13. Juli 2012, 74189 Weinsberg Vorgestellt wird das Modellprojekt „Lebendiger Weinberg“ und die gleichnamige Ausstellung. Teilnehmerzahl begrenzt. Keine Teilnahmegebühr, Mittagessen 10,- €. Akademie für Natur- und Umweltschutz Baden-Württemberg, ☎ 0711 126-2810, Fax: -2893, [brigitte.schindzielorz@um.bwl.de](mailto:brigitte.schindzielorz@um.bwl.de)

### König & Kartoffel

20. Juli bis 28. Oktober 2012, Potsdam Ausstellung zu Friedrich dem Großen und der preußischen „Tartuffoli“ von der Zier- bis zur Nutzpflanze. Zahlreiche Exponate z.B. eine Kirchenkanzel für die „Knollenprediger“ machen das 18. Jahrhundert lebendig. Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, ☎ 0331 62085-50 o. -55, [info@hbpg.de](mailto:info@hbpg.de), [www.hbpg.de/Koenig-und-Kartoffel.html](http://www.hbpg.de/Koenig-und-Kartoffel.html)

### Zukunftsfähig essen: weniger Fleisch in der Gemeinschaftsverpflegung

17. bis 19. August 2012, Ammersbek bei Hamburg Infos und Anmeldung: [julia.sievers@agrarkoordination.de](mailto:julia.sievers@agrarkoordination.de), [www.agrarkoordination.de](http://www.agrarkoordination.de), ☎ 040 392526

### Einladung zur Beteiligung am ersten Fair- und Regionalmarkt in der Region Unterweser

04. November 2012, Bremerhaven Initiativen, Unternehmen, Schulen, Organisationen - vorrangig aus der Region zwischen Emms und Elbe/ Norddeutschland - sind eingeladen, sich zu beteiligen. Kontakt: Eine-Welt-Zentrum, ☎ 04 71 50 100 94, [www.nord-sued-forum.de](http://www.nord-sued-forum.de), [Eine-Welt-Zentrum@gmx.de](mailto:Eine-Welt-Zentrum@gmx.de)

### Grundkurs Speiseeis handwerklich hergestellt

20. u. 21. November 2012, 79289 Horben 8 bis 10 Teilnehmer erlernen die Praxis bei Andreas Rees (AR, Eckhof, Horben), Marc Albrecht-Seidel (MA, VHM, Freising), Florian Rischewski (FR, Fa. Kälte-Rudi, Keltern). Verband für handwerkliche Milchverarbeitung im ökologischen Landbau, ☎ 08161 787 36-03, Fax: - 81, [www.milchhandwerk.info/service/veranstaltungen/details/1573](http://www.milchhandwerk.info/service/veranstaltungen/details/1573)

4 | 2012 Juli – August 7,50 €

# LEBENDIGE ERDE

Biologisch-dynamische Landwirtschaft, Ernährung, Kultur



Ökologisch züchten  
Angler Rotvieh in Kuhfamilien  
Öko-Rindviehzucht organisieren  
Gockelmast statt Zweinutzungshuhn  
Essen für Konzentration & Gesundheit

Das Heft für 7,50 € erscheint 6 mal/Jahr; Abo 43,- €/Jahr, Studenten 33,- €/Jahr; Kostenloses Probeheft: Verlag Lebendige Erde im Demeter e.V., Brandschneise 1, D-64295 Darmstadt, Tel. 06155 8469-0, Fax 06155 8469-11, [www.LebendigeErde.de](http://www.LebendigeErde.de)

## GRUNDSTÜCKE FÜR WINDENERGIEANLAGEN GESUCHT !

Sichern Sie sich langfristig garantierte Pachteinnahmen bei weiterhin möglicher land- und forstwirtschaftlicher Nutzung!

wpd onshore GmbH & Co. KG  
Bremen, Bietigheim-Bissingen, Erkelenz, Kassel, Potsdam  
Telefon: 07142 / 77 81-0  
[akquise@wpd.de](mailto:akquise@wpd.de), [www.wpd.de](http://www.wpd.de)





## Landeskontakte

## Schleswig-Holstein

**Wilster:** Bernd Voß, Tel.: 04823/8505, Fax: 04823/75330  
**Sörup:** Hinrich Lorenzen, Tel.: 04635/2141, Fax: 04635/2114  
**Plön:** Matthias Stührwoldt, Tel.: 04326/679, Fax: 04326/289147  
**Flensburg:** Heiner Iversen, Tel.: 04631/7424, Fax: 04631/3852

## Niedersachsen

**Landesverband u. Wendland-Ostheide:** Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, Fax -61, neulandhof-schulz@gmx.de  
**Heide-Weser:** Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje.@t-online.de  
**Elbe-Weser:** Jürgen Rademacher, Tel. u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com  
**Südnnds.:** Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de  
**Weser-Ems:** Ernst Steenken, Tel. 04482-660, steenken@ewetel.net

## Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

**Mecklenburg:** Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

## Nordrhein-Westfalen

**Landesverband:** Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221  
**Gütersloh:** Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069  
**Tecklenburger Land:** Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264  
**Herford:** Friedel Gieseler; Tel.: 05221/62575  
**Köln/Bonn:** Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761  
**Niederrhein:** Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421  
**Gentechnik:** Reinhard Fiegenbaum, Tel. 05484/657  
**Westmünsterland:** Martin Ramschulte; Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

## Hessen

**Reinhard Nagel,** Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, Bio-Nagel@t-online.de  
**Jeannette Lange,** Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingerode@t-online.de  
**Henrik Maaß,** Tel.: 05542-500267, Mobil.: 0160/8217015, maass@abl-ev.de

## Rheinland-Pfalz und Saarland

**Landesverband:** Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch, Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de; Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

## Baden-Württemberg

**Landesverband:** Frieder Thomas, Tel: 07531/2829391, thomas@abl-ev.de  
**Nordschwarzwald:** Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;  
**Nord-Württemberg:** Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584  
**Bodensee:** Anneliese Schmech, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278  
**Allgäu:** Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

## Bayern

**Landesverband:** Edith Lirsch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654  
**Geschäftsstelle:** Gertraud Gafus und Andrea Eiter; AbL-Bayern Irlberg 41 83454 Anger Tel.: 08656-393; Internet: www.abl-bayern.de Mail: abl-bayern@web.de  
**Chiemgau-Inn Salzach:** Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax.:08679/914284, Ute Gasteiger, Tel.: 08039/1635  
**Land an Rott und Inn:** Hilde Baumgartner, Tel. 08725/672; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725/304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de  
**Allgäu:** Elisabeth Waizenegger, Tel: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel: 08320-512; abllallgaeu@gmx.de  
**Oberland:** Elisabeth Friesenegger, Tel.: 08158-8486, lisi.friesenegger@googlemail.com, Josef Lindauer, Tel.: 08803-488446, Fax.: 08803-9009562; e-mail: Martha\_Lindauer@web.de  
**Landshut-Vilstal:** Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de  
**Franken:** Isabella Hirsch, Tel: 09852-1846; Burkhard Neubauer, Tel: 09268-6667  
**Erding – Ebersberg,** Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara Greimel Tel. 08083 641, bagrei@gmx.de  
**Bayerisch-Schwaben,** Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de; Armin Hartleitner, 0175-72 550 12, armin.hartleitner@ziertheim.net; Internet: www.abl-bs.de;

## Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

**Landesverband:** Peter Hettlich, Markt 7, 04109 Leipzig, Tel: 0341-2253789, mobil: 01520/6479156, Fax: 0341-1494963, e-Mail: peter.hettlich@t-online.de  
**Thüringen:** Michael Grolm, Tel: 036450-446889; Volkmar Voigt, Tel: 036694-36250; Claudia Gerster, Tel: 034465-21005; Frank Neumann, Tel: 036623-23737



## Bundeskontakte

## Bundeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de  
**Bankverbindung:** KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

**Bundeschäftsführer:** Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

**junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft**  
 Julia Frenzel, Tel: 0152-28625363, junge-abl@abl-ev.de

**Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:**  
 Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298;

Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3079

**Interessengemeinschaft Ostdeutschland:**  
 Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273

**Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken**  
 Eckehard Niemann, Tel: 0151-11201634, E-Mail: eckehard.niemann@freenet.de

**Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:**

Annamarie Volling, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg  
 Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de

## Internationale Agrarpolitik:

Berit Thomsen, Tel.: 040/397858, Fax: 040/3978587



## Mitgliedsantrag Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 95,00 Euro  
 Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 130,00 Euro  
 Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von \_\_\_\_\_ Euro zu zahlen  
 Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 40,00 Euro  
 Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 65,00 Euro  
 Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ, Wohnort (Landkreis): \_\_\_\_\_

Telefon/Fax E-Mail: \_\_\_\_\_

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung  
 Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: \_\_\_\_\_

BLZ: \_\_\_\_\_

Bank: \_\_\_\_\_

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

## Es läuft rund!

Man stelle sich vor: Bundesverteidiger Jerome Boateng mache mit Joint in der Hand und lässig halb geschlossenen Augenlidern Werbung für Bundes-Jogis Tiefenentspannungsmethoden-DVD, jetzt im Handel für 19.99 Euro. Das wäre mal ein ernsthafter Grund, sich aufzuregen, statt über seriöse Models in seriösen Hotelbars. Es wäre Werbung mit etwas eindeutig Verbotenem und damit mehr als nur moralisch verwerflich. Jerome und Jogi sind aber nicht nur moralisch tiptop, die machen so was nicht. Da muss man sich wohl eher fragen, wie es um die Moral und Richtlinienreue beim Bundeshybridzuchtprogramm, bhzp, dem Bundes-Top-Schweinezuchtunternehmen so bestellt ist. Dort wird nämlich in der Tat mit etwas Verbotenem geworben – dem abgeschnittenen Schweineschwanz. Vielleicht haben sie eine externe Werbeagentur beauftragt, die es nicht besser wusste, vielleicht musste ein Praktikant die Endabnahme machen, der es nicht besser wusste, vielleicht weiß es auch inzwischen niemand im Unternehmen mehr besser. Also, liebe Bundeshybridzuchtprogrammaufsichtsräte, so lautet der Text aus der entsprechenden EU-Ratsrichtlinie: „Ein Kupieren der Schwänze darf nicht routinemäßig durchgeführt werden.“ Dass in der konventionellen Schweinehaltung die Ausnahme die Regel ist, muss man kritisieren und man muss versuchen, Auswege aus dem Dilemma: Anpassen des Schweins an das Haltungssystem durch Verstümmelung, zu finden. Was man jeden-

falls besser bleiben lassen sollte ist, sich einen abgeschnittenen Schweineschwanz als Logo zu geben, nur weil es „bei uns rund läuft“ und sich das optisch so gut macht mit dem halbrunden Schweinehintern am halbrunden, halben Schwanz dran. Man kann sich auch fragen: Geht es da eigentlich noch um Schweine oder nur noch um Grafik: Sanfte Rundungen, auf die die überwiegend männliche Kundschaft besonders anspricht (gleichzeitig müsste sie ein abgeschnittener Schwanz doch eher verschrecken). Auch in der Pressemitteilung zur Expansion des Unternehmens muss man schon

gender: „Die Nachfrage nach den zukunftsweisenden BHZP-Produkten für die profitable Schweinezucht wie db.Viktoria und db.77® steigt kontinuierlich und hat eine Erweiterung der Kapazitäten erforderlich gemacht. So wird das Unternehmen rund 8,5 Millionen Euro innerhalb von zwei Jahren in die Basiszucht und Besamung investieren. Dr. Conrad Welp, Geschäftsführer des BHZP, sieht den Grund für diesen Erfolg in der konsequenten Qualitätspolitik des Unternehmens: „Wir setzen immer und in jeder Hinsicht auf Qualität, denn nur die zahlt sich für den Kunden letztlich



Schwein gehabt!

BLE, Bonn/Foto: Dominic Menzler

aus, weil gute, zuverlässige Produkte den Betrieb rund laufen lassen. Mit dieser Maxime sind wir weiter auf Wachstumskurs, dem allgemeinen Markttrend entgegen.“ Wie sang schon Bundesherbert als Ode an eine imaginäre Liebste: „Du bist eine gute Prognose.“ Entemotionalisierung des Lebens, am Ende zählt doch sowieso nur die Rückenspeckdicke. Leider haben das noch nicht alle Menschen so richtig verinnerlicht, im Gegenteil, es gibt zunehmend mehr Leute, die wollen artgerechte Haltungsbedingungen für Schweine. Die daraus entstandene Bewegung hat auch ein Logo – einen vollständigen Ringelschwanz an einem Schweinehintern. Es ist gleichzeitig das Synonym für den Blick auf das Ganze und nicht nur auf den Ausschnitt der Unternehmensentwicklung – eine Entwicklung übrigens, die auf Kosten der „Produkte“ stattfindet. cs

fast detektivischen Spürsinn aufbringen, um überhaupt zu erkennen, dass die Firma mit Schweinen ihr Geld verdient. Das Wort „Schweinezucht“ kommt nur einmal drin vor, der Jargon ist fol-

## **unabhängige** bauernstimme: mit Blick auf Ganze

07/2012

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (39,60 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 28,40 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 16,- € bzw. 32,- € für  6 oder  12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse

Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Name, Vorname

Straße

Straße

PLZ, Ort

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck

Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.

BLZ

Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonneten  
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Datum Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm  
 oder Fax 02381 / 492221